

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Gezeichnet täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 jeite oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 6 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 2. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Ein Arsenal der Fälschungen.

Es ist eine beachtenswerte Erscheinung, daß die Partei, deren Mitglieder sich einer ganz besonders aristokratischen Vornehmheit und eines wunderbar verfeinerten Ehrgefühls rühmen, zu ihrer zuverlässigsten Vertretung sich ein Organ gewählt hat, das an Niedertracht und Verlogenheit selbst gewisse Blätter aus der Scharfmacherei übertrifft: die „Konservative Korrespondenz“.

Wöchentlich dreimal geht dieses offizielle Organ der konservativen Partei ins Land und bereichert die zahllosen Winkel- und Kreisblätter, die zumeist aus dem Reptilienfondsumpf entstanden, durch amtliche Inseratenaufträge unterstützt die agrarische Politik der Ostelbier ihren Lesern aufdrängen. Die Berliner konservativen Organe benutzen die Artikel und Notizen der Korrespondenz nur mit großer Vorsicht; denn sie fühlen sich allzusehr unter Kontrolle und hüten sich darum, all den dummen und frechen Schwindel wiederzugeben, der für das Land gut genug ist. Jene Kreisblätter aber sind vielfach ohne Konkurrenz und stellen darum, so stumpfsinnig und gemein sie sein mögen, eine politische Macht dar, die man nicht gering schätzen darf: in ihrer monopolistischen Stellung sind sie ein gefährliches Hemmnis für die Aufklärung des Volks.

Aus diesem Grunde sind wir verpflichtet, die Leistungen der „Konservativen Korrespondenz“ zu verfolgen, namentlich in dieser Zeit der Handelsvertrags-Campagne, in der die Agrarier alles aufbieten, um die Gegner der Brotwucherpolitik bei den Unwissenden und Urteilslosen zu verleumden.

Die Konservativen sind durch die Rücksichten auf das allgemeine Wahlrecht, das sie hassen, gezwungen, die Massen der durch die Getreidezölle in Wahrheit mit ausgebeuteten Kleinbauern für sich zu gewinnen, und sie fürchten nichts so sehr, als daß es der socialdemokratischen Agitation gelingen könnte, auch diese Kreise über ihre wirklichen Interessen aufzuklären. Und darum lassen sie durch ihr Organ fortgesetzt die größten und albernsten Fälschungen und Lügen über die Socialdemokratie verbreiten, die als Lohfeind des Bauerntums erscheinen soll, obwohl die Herren natürlich sehr gut wissen, daß seit jeher die Socialdemokratie sich mit der Aufgabe beschäftigt hat, Mittel zu finden, die geeignet sind, auch den Kleinbauern, den Proletariern des Landes, die harte Not ihres Daseins zu erleichtern — mit Mitteln allerdings, die ihnen selbst nicht den Junken helfen.

Ein Musterbeispiel für die agrarische Kampfesweise bietet die „Konservative Korrespondenz“ vom 28. Januar, die in einem Artikel „Warum tobt die Socialdemokratie gegen die Getreidezölle“, geradezu ein förmliches Rest von Entstellungen und Fälschungen darstellt.

Geben wir das Recht aus:

Der Citatensatz beginnt mit einem in der antisemitisch-agrarischen Agitation seit langer Zeit beliebten Citat von Karl Marx aus dessen Rede über den Freihandel:

„Das Schutzollsystem ist heutzutage konservativ, während das Freihandelsollsystem zerstörend wirkt. Es zerstört die früheren Rationalitäten und treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze. Mit einem Wort: Das System der Handelsfreiheit beschleunigt die sociale Revolution. Und nur in diesem revolutionären Sinne stimme ich für den Freihandel.“

Dieses Citat ist für die Verhältnisse der „R. K.“ ziemlich genau wiedergegeben. Nur fehlt die Zeltangabe, wann es gesprochen, der Zusammenhang, in dem es geäußert, und als dritter wesentlicher Punkt: die einschränkende Einleitung des Satzes; im Original heißt es nämlich: „Im allgemeinen ist heutzutage...“

Dieses „im Allgemeinen“ ist durchaus notwendig. Denn unmittelbar vor dem erwähnten Satz hat Marx auf einen Fall hingewiesen, wo die Konservativen freihändlerisch und die wirtschaftlich revolutionäre Bourgeoisie schutzollnerisch war:

„Nebst dem ist das Schutzollsystem nur ein Mittel, in einem Lande die Großindustrie aufzuziehen, das heißt, es vom Weltmarkt abhängig zu machen; und von dem Augenblick an, wo man vom Weltmarkt abhängt, hängt man schon mehr oder weniger vom Freihandel ab. Außerdem entwickelt das Schutzollsystem die freie Konkurrenz im Innern eines Landes. Deshalb sehen wir, daß in den Ländern, wo die Bourgeoisie anfängt, sich als Klasse Geltung zu verschaffen, wie zum Beispiel in Deutschland, sie große Anstrengungen macht, um Schutzzölle zu bekommen. Dieselben sind für sie Waffen gegen den Feudalismus, und die absolute Staatsgewalt, sie sind für sie ein Mittel, ihre Kräfte zu konzentrieren und den Freihandel im Innern des Landes selbst zu realisieren.“

Die Anführungen stammen aus der Rede, die Karl Marx 1849 über den Freihandel gehalten hat, sie datiert also in eine Zeit weit, wo es keine wilderen Freihändler gab, als — unsere ostelbischen Junker, die damals und noch lange darüber hinaus Getreide-Exporteure waren und mithin am Freihandel sehr lebhaft interessiert waren.

Morgens heute noch sehr lesenswerten, für eine glückliche Verhältnisse geltenden Darlegungen richten sich gegen die manchesterlichen Nichts-als-Freihändler, die in der Aufhebung der Getreidezölle die Lösung der sozialen Frage behaupteten. Wie heute die Junker die Bauern vorschleichen, um ihren Kornwucher zu verhehlen, so heuchelten damals die vom Freihandel profitierenden Industriekapitalisten, daß sie aus eitel Liebe für die Arbeiter die Veseitigung der Getreidezölle erstrebten. Gegen diesen Humbug wandte sich Marx mit Zug und Recht, genau so wie es auch heute den Socialdemokraten nicht einfällt, um des Handelskapitals willen für Handelsverträge einzutreten.

Die „getreuen Schüler“ Karl Marx', von denen die „Konservative Korrespondenz“ redet, bekennen sich allerdings noch heute zu

der Grundanschauung jener Rede: die Socialdemokratie hat niemals im Freihandel alles Heil erblickt, er ist für sie keine absolute Prinzipienfrage, sondern eine politisch-wirtschaftliche Frage, die je nach der Lage der allgemeinen Verhältnisse so oder so beantwortet werden muß. „Heutzutage“ ist die deutsche Socialdemokratie, weil es das dringendste Interesse der Volksmassen erfordert, gegen Schutzzölle; gegen sie sprechen tausend Gründe, für sie kein einziger.

Hat sich die „Konservative Korrespondenz“ mit dem Marx-Citat noch einigermaßen an die historische Wahrheit gehalten, so proklamiert sie in ihrem weiteren „Beweismaterial“ die schrankenlose Diktatur der Lüge und Fälschung.

So soll Kautsky auf dem Berliner Parteitag erklärt haben: „Für die Erhaltung des Bauernstands einzutreten haben wir keinen Grund.“

Die Wahrheit ist, daß Kautsky auf dem Berliner Parteitag weder geredet hat noch überhaupt anwesend war. Aber wir wollen aus dieser Thatsache kein Kapital schlagen, sondern die Verwechslung zwischen dem Berliner und dem Breslauer Parteitag darstellen, auf welche letzterem ein Satz wie der mitgeteilte in der That gefallen ist. Aber da der Zusammenhang nicht mitgeteilt wird, kann nur ein gefälschter Sinn herauskommen. Kautsky wies zunächst darauf hin, daß all die Bauern, die unter zwei Hektar Landes besitzen — die große Mehrheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung überhaupt — ihrer ganzen Lage nach zum Industrieproletariat zu rechnen seien, und er führte aus: „Vor den nageledselbigen Schuhen dieser Schichten brauchen wir uns nicht zu fürchten, sie werden ausgebeutet von unseren Gegnern, und wenn wirklich einmal die nageledselbigen Schuhe eine Waffe im politischen Kampfe werden sollten, werden diese sich gegen unsere Gegner wenden, nicht gegen uns.“ Dann sprach Kautsky von den Besitzern von 2 bis 5 Hektaren, die nicht ganz eine Million betragen. Von diesen hat Kautsky die Ansicht, daß sie ebenso wie die Kleinhandwerker nicht lebensfähig seien, und in diesem Sinne erklärte er:

„Für die Erhaltung des Bauernstands einzutreten haben wir keinen Grund, denn das könnte nur geschehen, indem wir sie in ihrem Besitz befestigen, also ganz entgegengesetzt verfahren wie sonst. Wir müssen zu dem verzweifelnden Bauern gehen und ihm anknüpfend an seine Lage nachweisen, daß sie keine vorübergehende ist, sondern naturnotwendig aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringt, und daß ihm nur die Verwanderung der Gesellschaft in eine socialistische helfen könne.“

Weiter erklärte aber Kautsky, wie es unser Bestreben sei, die Industrie-Arbeiter körperlich und geistig widerstandsfähiger zu machen, so mühten wir uns auch dasselbe Ziel gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung, den Landarbeitern und Kleinbauern setzen, und Kautsky hat ja dann auch in seiner „Agrarfrage“ derartige Vorschläge gemacht, die darauf hinarbeiten, das Elend der Kleinbauern zu lindern. Und derselbe Kautsky sagt in seiner offiziellen Parteischrift, seiner Erläuterung des Erfurter Programms:

„Der Uebergang zur socialistischen Gesellschaft bedingt... keineswegs die Expropriation der Kleinhandwerker und Bauern. Dieser Uebergang wird ihnen nicht nur nichts nehmen, er dürfte ihnen vielmehr gewisse Vorteile bringen. Denn da die socialistische Gesellschaft die Tendenz nach Erzeugung der Warenproduktion durch Produktion für den direkten Verbrauch mit sich bringt... muß sie auch das Bestreben haben, alle Leistungen an die Gesellschaft, die Steuern oder die etwaigen Zinsen der in gesellschaftliches Eigentum übergegangenen Hypotheken, soweit diese nicht ganz aufgehoben werden, aus Geldleistungen in Leistungen an Naturalien — Getreide, Wein, Vieh usw. usw. — zu verwandeln. Das bedeutet aber für die Bauern eine ungeheure Erleichterung... Nur die socialistische Gesellschaft kann sie bringen und damit eine Hauptaufgabe des Ruins der bäuerlichen Wirtschaft beseitigen. Die Kapitalisten sind es, welche tatsächlich Bauern und Handwerker expropriieren... Die socialistische Gesellschaft macht dieser Expropriation ein Ende.“

Wir haben gar nichts dagegen, wenn die Agrarier mit diesen corrigierten und in den richtigen Zusammenhang gebrachten Citaten bei den Kleinbauern hausieren gehen.

Des weiteren citiert die „Konservative Korrespondenz“ den „Genossen“ Fischer, der auf dem Breslauer Parteitag gesagt haben soll:

„Die Socialdemokratie kann den Bauer erst gewinnen, wenn er von seinem Eigentum losgelöst ist und Bankrott gemacht hat.“

Die Aeußerung, die Genosse Edmund Fischer gethan, lautete richtig wie folgt:

„Es wird immer so gethan, als ob Proletarisierung und Verelendung dasselbe sei. Das ist nicht wahr. Wenn wir sagen, daß wir den Bauer erst gewinnen können, wenn er proletarisirt ist, so meinen wir gar nicht, daß er verelendet ist, sondern daß er von seinem Eigentum losgelöst wird.“

In ganz besonders infamer Weise werden von der „Konservativen Korrespondenz“ die Ansichten des Genossen Frohne in ihr Gegenteil umgewandelt, indem nur der folgende Satz aus seiner Breslauer Rede mitgeteilt wird:

„Kein Mensch (d. h. kein Socialdemokrat) denkt daran, den Bauern vom Untergang zu retten.“

Und was hat Frohne, der für ein weitgehendes Agrarprogramm eintrat, tatsächlich gesagt:

„Nach dem socialdemokratischen Princip haben wir Notleidenden zu helfen, soweit wir dies mit unseren Grundfäden,

mit dem Rechte und der Vernunft in Einklang bringen können. Die Sache liegt gegenüber dem Bauer nicht anders, wie gegenüber der großen Masse der industriellen Proletarier. Kein Mensch denkt daran, die Bauern vor dem Untergang zu retten, es handelt sich nur darum, ihre Existenz nach Möglichkeit zu erleichtern, ebenso wie wir auch die Lebenshaltung der Arbeiterklasse heben wollen. Mit elenden, degenerierten Massen läßt sich in einem Kampfe nichts machen. Es ist mir unbegreiflich, wie man sagen kann, wir möchten damit den Antisemiten Konkurrenz, wenn wir vernünftige Dinge fordern... Die Worte von der Stärkung des Privateigentums in der Kautskyschen Resolution sind nicht sichhaltig. Es kann sich doch zunächst nicht um die Abschaffung des Privateigentums handeln, sondern nur darum, daß jeder Arbeiter die Früchte seiner eigenen Thätigkeit bekommt und daß ihm sein Privateigentum, natürlich unter andren Voraussetzungen als heute, erhalten bleibt. Mit welchem Rechte macht man nun einen Unterschied zwischen dem Bauer, der von den Früchten seiner eigenen Thätigkeit leben muß, und dem Lohnproletarier in Industriezentren? Man kann diese Frage nicht einfach beiseite schieben; mit aller Principienreiterei kommen wir um die Agrarfrage nicht herum, wir müssen den Dingen ins Auge schauen, mit denen wir zu rechnen haben.“

Frohne kann man nicht gut fälschen, als hier geschehen. Frohne verteidigte einen weitgehenden Bauernschutz, die „Konservative Korrespondenz“ läßt ihn auf den Untergang des Bauern finnen, indem sie den einen Satz zusammenhanglos serviert, einen Satz, der natürlich nichts anderes besagt, als die theoretische Ueberzeugung, daß mit all den Schutzmitteln die Existenz des Kleinbauern schließlich doch nicht auf eine menschenwürdige Höhe gebracht werden könne, daß es auch für ihn nur ein Heilmittel gebe: die Vergesellschaftung.

Aus der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ vom Mai 1890 citiert die „Korrespondenz“ den folgenden, allerdings sehr albernem Satz:

„Wir (d. h. die Socialdemokraten) erklären nicht bloß den großen Gutshöfen, sondern auch dem kleinsten Bauernhaus den Krieg.“

Wir können im Augenblick nicht kontrollieren, ob in diesem Fall ehrlich citiert worden ist; wir wollen vielmehr die Nichtigkeit des Citats zeigen. Trotzdem unterschlägt die Korrespondenz die Hauptsache, daß nämlich die „Sächsische Arbeiterzeitung“ damals der Zummelplatz jener Zungen war, die dann von der Partei abgelehnt wurden, jener Zungen, die Engels in einem unangelt veröffentlichen Brief mit Heine als die „Fische“ bezeichnete, die aus der Drachensaat Morgens aufgegangen.

Nachdem demnach durch Schwindelcitate die „Konservativen Korrespondenz“ den Unsinns „bewiesen“, daß die Socialdemokratie auf den Ruin der Bauern hinarbeite, so folgert sie, daß darum die Socialdemokratie alle Gesetze, welche die Landwirtschaft schützen sollten, abgelehnt habe, sie hat gestimmt:

„Gegen alle Getreide- und Viehzölle, gegen das Margarine-Gesetz und gegen das Verbot des Terminhandels mit Wehl und Getreide, gegen das Zucker Gesetz und die Erhöhung der Börsensteuer, im bairischen Landtag gegen die Viehversicherung, gegen die Landeshypothekenbank und gegen die Erleichterung der Voden-zinslast.“

So weit die Socialdemokratie tatsächlich gegen diese Gesetze gestimmt hat, so that sie es, weil diese Gesetze, weit entfernt den kleinen Bauern zu nützen, lediglich Liebesgaben für die Junker darstellen, oder einer zwecklosen reaktionären Chikanepolitik entsprungen waren. Wenn die Socialdemokratie gegen die Erhöhung der Börsensteuer gestimmt hat, so folgte das daraus, weil sie, abgesehen von allgemeinen technischen Bedenken gegen Verkehrssteuern überhaupt, keine Mittel bewilligen durfte für Zwecke, die sie verweigerte: für Militarismus und Marinismus. Daß die Socialdemokratie gegen das Zucker Gesetz (1898) gestimmt hat, ist eine blanke Lüge. Die Socialdemokratie hat dafür gestimmt. In unserem Fraktionsbericht von 1898 heißt es darüber:

„Die socialdemokratische Fraktion erkennt in dem Kredit- und Sachwucher nur eine in den bestehenden Rechts- und Erwerbszuständen begründete Erscheinung. Das herrschende System vollzieht durch die Besteuerung notwendiger Lebensmittel Zug für Zug die Auswucherung der Volksmassen. Die auf der privatkapitalistischen Ausbeutung begründete Produktionsweise äußert sich als eine Verwucherung der menschlichen Arbeitskraft und ist genau ebenso unethisch und verwerflich als der gewöhnliche Weltwucher. Wir haben dem Gesetz zugestimmt, obschon wir die Hoffnung auf eine Gefundung der einschlägigen Verhältnisse innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht teilen. Die vorgenommene Ergänzung bedeutet jedoch unstrittig eine Verbesserung des bestehenden Rechtszustands, und aus diesem Grunde konnten wir dem Gesetze unsere Zustimmung nicht versagen.“

Ganz auf der Höhe dieser Behauptung, daß wir gegen das Zucker Gesetz gestimmt hätten, stehen die Angaben über das Verhalten unserer bayrischen Genossen. Allerdings haben die bayrischen Vertreter der Socialdemokratie das Viehversicherungs-Gesetz abgelehnt, aber nur deshalb, weil es gerade den bedürftigsten kleinen Bauern nicht zu gute kam. Die Socialdemokratie ist ganz selbstverständlich für eine staatliche Viehversicherung; nur muß das Gesetz so gestaltet sein, daß die einen Nutzen von ihm haben, die es am meisten brauchen. Noch unerschämter liegt der Fall bei der Landes-Hypothekenbank. Unsere bayrischen Genossen hatten nämlich einen viel weiter gehenden Antrag auf Schaffung einer staatlichen Hypothekenbank eingedracht, diesen aber damit bei der Mehrheit, insonderheit beim Centrum ob; für die verkehrspelle Zwerghank, welche der Mehrheit behagte, einzutreten hatten sie natürlich keinen Anlaß. Ebenso fanden die bayrischen

socialdemokratischen Abgeordneten mit ihren Vorschlägen auf allmähliche Verstaatlichung der Hypotheken und ausgiebige Schuldentilgung der Bauern bei Regierung und Kammer keine Gegenliebe. Genau das gleiche ist der Fall bei der in Bayern verhandelten Erleichterung der Bodenzinslast. Unsere Genossen hatten natürlich keine Lust, für die Reichsten der Reichsten auf Kosten der Allgemeinheit Zinsentlastungen zu erwirken, aber sie wollten den Kleinen Bauern helfen. In dem socialdemokratischen Handbuch für bayerische Landtagswähler wird über diese Angelegenheit helles Licht verbreitet. Die größere Hälfte der Bodenzinspflichtigen, 300 000 kleinere Bauern, zahlen zusammen eine Jahresleistung von 1,1 Millionen. Unsere Genossen forderten, daß man sich auf die Befreiung dieses Teils der Zinspflichtigen beschränke. Aber dem Centrum dienten die Kleinen nur als Kuschelgeschuld. Und so wurden denn, um die 300 000 Kleinbauern von einem Betrag von etwa 1 Million zu entlasten, noch weitere 13 Millionen hinzugefügt, um die Reichsten und Reichsten, Großbauern, Gutbesitzer, Standesherren, Banken mitzubefreien; der Fürst Laxis erhielt aus dieser „Befreiung“ allein 60 000 Mark jährlich. Es wäre unter solchen Umständen die größte Gewissenlosigkeit gewesen, für ein derartiges Gesetz zu stimmen.

Schließlich noch eine, die letzte Fälschung der „Konservativen Korrespondenz“, die freilich aus Clowndance streift. Der „Vorwärts“ hatte unlängst gegenüber einer Wiederherausbildung der Geschichten von feinsinnigen Socialdemokraten spottend geschrieben, daß Bebel, Singer, Gollmar und Kronz jeder „Knapp“ zwei Millionen besäßen. Aus diesem Hohn macht die „Konservative Korrespondenz“ eine ernsthaftige Nachricht. Wir überlassen der „Korrespondenz“ die Wahl, ob sie aus unergründlicher Dummheit die Notiz mißverstanden oder aus ebenso unergründlicher Dummheit sie mit Bewußtsein gefälscht hat.

Das Lügenstück ist ausgehoben. Das sind die Waffen untrer Kornwucher-Agenten: gemeine Waffen, die der gemeinen Sache würdig sind.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 1. Februar.

Der Reichstag

Ist doch noch rascher, als es gestern sahen, mit der zweiten Lesung des Etats des Reichsamts des Innern fertig geworden. Die heutige Sitzung dauerte zwar ein wenig lange, aber an ihrem Schluß konnte der Präsident doch befriedigt erklären, daß die Einnahmen und Ausgaben des Reichsamts des Innern bewilligt seien, abgesehen von dem Kapitel „Reichs-Versicherungsamt“, das an die Budgetkommission zur weiteren Vorbereitung verwiesen wurde.

Am längsten hielt heute das Kapitel Reichs-Gesundheitsamt auf. Nachdem hier zunächst der freisinnige Abgeordnete Dr. Müller-Sagan eine größere Vereinfachung des Reichs an der Malariaforschung angeregt hatte, ein Wunsch, dem sich die Abgg. Dr. Endemann (nl.) und Dr. Zahn (B. d. L.) angeschlossen, lenkte Genosse Antrich von neuem die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Zustände in den Krankenhäusern und die sociale Lage der Krankenträger. Er ergänzte dabei seine Ausführungen, die er im vorigen Jahre über denselben Gegenstand gemacht hatte, in wirksamster Weise an der Hand des Materials, das ihm in der Zwischenzeit aus allen Teilen Deutschlands reichlich zugeflossen ist.

Der Regierungsvertreter Geheimrat Pistor trat zuerst sehr brüskt auf, schlug aber nachher auf Veranlassung des Staatssekretärs, wie er ganz ehrlich sagte, mildere Töne an, wozu er um so mehr Veranlassung hatte, als ihm selber thatsächliche Irrtümer unterlaufen waren.

Die Stellung, die der alte Ringerhaus zu der Rede Antrichs einnahm, unterschied sich, wie Singer mit Recht hervorhob, sehr vorteilhaft von dem Verhalten der Regierungsvertreter. Herr Ringerhaus erkannte an, daß sich Antrich durch die Aufdeckung der Mißstände ein wirkliches Verdienst erworben habe. Natürlich suchte er als eingeschuldorener Kommunalbeamtlicher die Stadt Berlin und ihre Krankenhäuser nach Möglichkeit zu decken.

Genosse Dr. Sudekum stellte sich heute dem Hause in einer geschickten Rede vor, die den bekannten Fall Stitzing-Strube in Jena behandelte, wo eine böse Pferdekur an einem Juckerkranken versucht wurden ist.

Ein weimarischer Geheimrat versuchte die Minister herauszuholen, verfuhr aber dabei so unglücklich, daß ihm der nationalliberale Abgeordnete Prinz Schönath-Carolath sagen mußte, es sei besser, Mißständen abzuwehren als sie zu verteidigen.

Genosse Sudekum hatte das Kapitel der Mißbrand-Erkrankung der Arbeiter in den Nürnberger Eisen- und Bleichfabriken eingehend behandelt. Graf Posadowsky versuchte die Verantwortlichkeit hierfür auf die dortigen Lokalbehörden abzuschieben. Er suchte das Haus mit der Konsequenz zu schrecken, daß die Kleinbetriebe verboten werden müßten, da sie doch nicht in der Lage seien, die teuren Desinfektions-Apparate anzuschaffen, die in den Großbetrieben die Mißbrandsporen am Material wirksam vernichten. Die Antwort auf diese Frage ist sehr leicht: Das Leben und die Gesundheit der Arbeiter sind kostbarere Güter als die Aufrechterhaltung einiger Kleinbetriebe.

Am Sonnabend fällt die Sitzung aus, weil katholischer Feiertag ist. Am Montag beginnt die Beratung des Reichs-Eisenbahnetats.

Eine mißglückte Polizeifaktion.

Am 7. Oktober wollte die Zehnstelle des Vereins deutscher Schuhmacher zu Prenzlau ein geschlossenes Vergnügen abhalten. Sie erhielt darauf von der Polizeiverwaltung zu Prenzlau am 6. Oktober folgende Instruktion:

„Die Abhaltung des von Ihnen für Sonntag, den 7. d. M., im Kurgarten geplanten „geschlossenen Vergnügens“ wird hiermit verboten.“

Der Verein deutscher Schuhmacher verfolgt allgemeine öffentliche Interessen und ist demnach als ein politischer Verein im Sinne des Vereinsgesetzes zu betrachten, an dessen Versammlungen Frauen nicht teilnehmen dürfen.“

Der Verein deutscher Schuhmacher ließ sich durch dieses Verbot natürlich nicht von seinem Vergnügen abhalten, worauf gegen den Vorsitzenden der Zehnstelle, Schuhmacher Guntz, eine Geldstrafe von 60 M. (1) festgesetzt wurde. Daraus erhob Guntz Beschwerde bei dem Regierungspräsidenten nach dem preussischen Landesverwaltungs-Gesetz. Jetzt, nach drei Monaten, hat er von der Polizei in Prenzlau den Bescheid erhalten, daß die Strafandrohung und Festsetzungsbeschlüsse zurückgenommen würden. Das war offenbar das Äußerste, was die Polizei thun konnte, denn ihre Verfügungen entbehrten in der That jedes gesetzlichen Grundes. Die Auffassung der Polizei, daß der Verein deutscher Schuhmacher „allgemeine und öffentliche Interessen ver-

folge und demnach als ein politischer Verein im Sinne des Vereinsgesetzes zu betrachten sei, an dessen Versammlungen Frauen nicht teilnehmen dürfen“, beruht auf einer Verwechslung der Bestimmungen der §§ 2 und 8 des preussischen Vereinsgesetzes. Nur solche Vereine dürfen keine Frauen zu ihren Versammlungen zulassen, welche bezwecken, „politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern“, was bei den Gewerkschaften nicht zutrifft. Uebrigens findet auch diese Beschränkung nach der richtigen Auffassung des Kammergerichts nur Anwendung auf die politischen Versammlungen solcher Vereine, nicht auf ihre Tanzvergünstigungen; das Ober-Verwaltungsgericht ist allerdings darüber anderer Meinung und hält auch die Teilnahme von Frauen an unpolitischen Tanzvergünstigungen für eine ihnen verbotene politische Thätigkeit.

Vereine, die allgemeine öffentliche Interessen verfolgen — und dazu werden vielfach, wenn auch nicht allgemein, die Gewerkschaften gerechnet — können höchstens nach § 2 des Vereinsgesetzes behandelt werden, und danach ist ihnen das Zusammenkommen mit Frauen nicht verboten. Noch fälschlich hat ein Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts in einem Fall aus Dortmund diese Auffassung bestätigt.

Deutsches Reich.

Wann kommt der Zolltarif? Nach der „Voss. Zig.“ soll der Zolltarif spätestens am 15. Februar aus dem Reichs-Schatzamt an den Bundesrat gelangen. Die Vorlage soll dann unmittelbar nach dem Osterferien oder zum Herbst an den Reichstag gelangen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist höchst unzufrieden, daß die Vorlage möglicherweise erst im Herbst an den Reichstag kommen soll. Sie will auf keinen Fall die Kanalvorlage eher erledigt sehen, als der Zollwucher endgültig beseitigt ist.

Agarisch ist Trumpf. Eine winzige Auseinandersetzung zwischen der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ beleuchtet doch äußerst reizvoll das angestrebte Abhängigkeitsverhältnis der Offiziellen von den Agrariern in der Zollfrage. Das Vossische Telegramm, das die Auslassung der „Kowoje Wrenja“ zur Palowischen Zoll-erhöhung-Meße mitteilte, war auch in der „Nordd. Allg. Zig.“ wiedergegeben worden. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärte darauf zumvöll, das Telegramm sei in den Drucktypen veröffentlicht worden, „die für besonders wichtige Mitteilungen angewandt zu werden pflegen“. In Wahrheit war die Denunziation des Central-Blatts nichts als Fälschung. Jetzt erklärt die „Nordd. Allg. Zig.“ im Tone unterwürfigster Bescheidenheit, die Behauptung der „D. T.“ sei unzutreffend, es sei jenes Vossische Telegramm in ganz gewöhnlicher Schriftart gedruckt worden.

Es ist höchst kennzeichnend, daß das Regierungsorgan ausdrücklich feststellen muß, das schändere Verbrechen wider die Majestät des Agrarierthums, die russische Zollkriegsdrohung ihrer Bedeutung gemäß bevorzogen zu haben, sei nicht von ihm verübt worden. Mehr Prägnanz der Offiziellen vor dem agrarischen Terrorismus kann kein Verzeil und kein Hahn verlangen.

Volkspartei und Getreidezoll. Aus Stuttgart wird berichtet:

„Die Kammer der Abgeordneten nahm einen Antrag, durch welchen die Regierung ersucht wird, im Bundesrat für eine ausreichende Erhöhung der Einfuhrzölle auf Getreide, insbesondere auch auf Weizen und Hafer, einzutreten, mit 63 gegen 20 Stimmen an. Für den Antrag stimmten auch 6 Mitglieder der Volkspartei. Die Kammer verwarf die auf einige Wochen.“

Die süddeutsche Volkspartei schaukelt mit betäubendem Eifer am eignen Grabe.

Die Frage, wem die Haupterträge der Getreidezölle zu gute kommen, beantwortet sich aus einer statistischen Zusammenfassung der „Schlesischen Volkszeitung“ über die Ländereien in Schlesien. Fürst Guido von Donnersmarck, der Besizer von 18. Januar, besitzt in Schlesien 22 750 Hektar Land. Außerdem besitzt der Herr große Güter in Rußland und Galizien. Noch größer ist der schlesische Besitz einiger anderer „Bauern“: Fürst Pleh mit 46 000 Hektar, Herzog von Ratibor 32 750, Herzog von Ujest 36 250, Graf Schaffgotsch-Warmbrunn 30 000, Graf Arnim-Rußkan 31 250, die Stadt Böhlen 38 250, Herzog von Sagan 23 551, Prinz Hohenzollern-Ingeltingen 25 450, Fürst Stolberg-Wernigerode 25 422 Hektar. Erst nach diesem kommt Fürst von Donnersmarck mit 22 750 Hektar. Nach ihm folgt das preussische Haus Hohenzollern mit 21 882 Hektar, der König von Sachsen (Häufigkeit) mit 21 198, Prinz Viron 15 000, Fürst Carolath-Beuthen 14 007, Graf Hugo Hensel-Rath 14 388, Graf Thiele-Winler 13 420, Herzog Günther von Schleswig 12 898, Prinz Albrecht von Preußen 12 612, Graf Maljahn-Rielitz 10 650 Hektar. Damit sind die Besitzer von mehr als 10 000 Hektar erschöpft. Der Besitz des preussischen Staats in Schlesien beträgt: der Domänenbesitz hat 23 200, der Forstbesitz 159 694 Hektar.

Nationalliberale Zollfragen. Trostlos gestolzt sich durch die Zollfrage die Lage der nationalliberalen Partei, deren Grob sich allen agrarischen Forderungen verschrieben hat, während eine Minderheit sich des verderblichen Jochs zu erwehren vermag. Während fast die gesamte nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses für die konservative Zollvermehrungsresolution eintrat, mußte der „National-Conservativ“ seiner Partei zu, „sie müsse den Gegenstand, in dem sie zu dem extremen Agrarierthum liege, bei jeder Gelegenheit viel härter zum Ausdruck bringen, als es in der Regel geschieht“. Und die „National-Zeitung“ jammert in wehmüthiger Enttäuschung:

„Wir nehmen die Thatsache, daß die nationalliberale Partei sich für eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle entschieden hat, als gegeben hin und kritisieren sie nicht weiter. Aber mit der Vereinstätigkeit, den landwirtschaftlichen Zollhöhen zu verstärken, muß eine liberale Mittelpartei die schmerzlichen handels- und socialpolitischen Rücksichten in Erwägung bringen, die jetzt in Frage stehen. Will sie ihr Wesen als Mittelpartei nicht aufgeben, so muß sie den agrarischen Extravaganzen nachdrücklich entgegenzutreten; will sie in dieser Frage den Liberalismus wahren, so muß sie die von der politischen Vertretung der agrarischen Agitation, den Konservativen, gering geschätzten Interessen, die der Ausfuhr-Industrie und der großen unbedingten Volksklassen, ihrerseits schützen. Gleichviel, ob die Regierung sich nach einem Rückhalt des Widerstands gegen die agrarische Rücksichtslosigkeit umsieht oder nicht, ob sie diese zu überwinden oder ihr zu unterliegen wünscht — es ist die Pflicht einer liberalen Mittelpartei, für Widerstand in dem wahrlich bescheidenen Maße, das jetzt nur in Frage ist, ihre Unterstützung ungewidmetig zur Verfügung zu stellen. Sie darf keinen Zweifel darüber lassen, daß eine Regierung, welche wirklich „ausgleichende Gerechtigkeit“ zu üben beabsichtigt, nicht bloß auf die Socialdemokratie und die freisinnigen Gruppen angewiesen ist.“

Da unser gefamtes öffentliches Leben von der Komplotz beherrscht wird: Für oder wider den Kornwucher! — feucht lummervoll der allgemeinen Weilschere sichere Nationalliberalismus: Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust!

Der Tanz des Kaisers. Im „Reichs-Anzeiger“ wird ein Erlaß des Kaisers veröffentlicht, in dem es heißt:

„Nach der herzerhebenden, mich hoch beglückenden Festfreude, mit welcher der so bedeutsame 200jährige Geburtstag der Erhebung Preußens zum Königreich im ganzen Lande gefeiert werden konnte, ist durch den Heimgang weiland ihrer

Majestät der Königin von Großbritannien und Irland, meiner vielgeliebten und hochverehrten Großmutter, tiefe Trauer über mich und mein Haus gekommen. Unter dem frischen Eindruck dieser Heimführung habe ich meinen diesjährigen Geburtstag an der Waise der edlen Fürstin in stiller Einsicht begangen. Um so wärmer und lauter sind aber an mein landesbaterliches Herz die zahlreichen Kundgebungen aus der Heimat gedrungen, welche mir die innige Teilnahme meines Volks an meinem Schmerz sowie seine treue Fürbitte für mein ferneres Wohlergehen zum Ausdruck gebracht haben. Gott der Herr aber wolle das deutsche Volk in allen seinen Schichten und Gliedern auch ferner in seinen gnädigen Schutz nehmen und deutsche Treue, deutschen Fleiß und deutsche Arbeit allezeit mit Segen krönen!“

Der Fall des Prinzen Alfons. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ verklären „amtlich“, daß die in der „Münchener Post“ gebrachte Mitteilung von Differenzen des Prinzen Alfons mit dem Vertreter des Kaisers bei der Trauerfeier in Weimar und einem hieran sich anschließenden Meinungsaustausch zwischen Berlin und München vollkommen aus der Luft gegriffen ist.

Ihren wir nicht, so wurde 1898, als das Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten von Lippe veröffentlicht wurde, zuerst auch eine Ablehnung versucht.

Eine Eisenbahndirektion als Agent der Unternehmer. Unser Magdeburger Eisenbahn-Verkehr ist in der Lage, einen eigenartigen Liebesdienst der Magdeburger Eisenbahndirektion gegenüber einem Unternehmer befehlen zu können. In Bremerhaven sind bekanntlich auf der Werft von Seebach die Metallarbeiter ausgeperrt. Als infolge der Suche nach Ersatzkräften ein Magdeburger Metallarbeiter der Firma seine Dienste anbot, erhielt er selbendes Schreiben von der Direktion der Seebachschen Werft:

Bremerhaven, den 25. Januar 1901.

Herrn R., Maschinenkloster, Magdeburg.

Antwortsich Ihres werthen Schreibens vom 20. d. M. bitten wir Sie, hier bei uns sofort die Arbeit aufzunehmen. Wir haben die dortige Fahrkarten-Ausgabe (Hauptbahnhof) veranlaßt, Ihnen unter Vorzeigung dieses Schreibens eine Fahrt 4. Klasse nach hier auszubücheln. Wir bitten Sie, uns den genauen Tag und Zug Ihrer Ankunft hier sofort pr. Karte aufzugeben.

G. Seebach u. G.

Schiffswerft, Maschinenfabrik und Trodenbods, J. Niedermeyer, J. W. Lübring.

Der betreffende Arbeiter reiste denn auch nach Bremerhaven ab, um jedoch sofort wieder die Rückreise anzutreten, als er in Bremerhaven erfuhr, daß er Streikbrecherdienste leisten sollte. Ueber den eigenartigen Dienst aber, den die Magdeburger Eisenbahndirektion der Firma Seebach erwies, urteilt die „Magdeb. Volksstimme“ mit vollem Recht:

Wir glauben nicht, daß die Fahrkarten-Ausgabestelle in Magdeburg berechtigt ist, Agentendienste für einen auf der Arbeitswilligenliste befindlichen Unternehmer zu verrichten. Will die Ausgabestelle eine Kontrolle über die auf diese Weise verandagbten Karten führen, so muß sie die Vorgelegten Briefe doch in eine Liste eintragen, sonst können beispielsweise andre Leute, in deren Händen sich der abgedruckte Brief jetzt befindet, ihn zum zweitenmal präsentieren und eine Fahrkarte fordern. Unfers Wissens ist aber die Bahnverwaltung nicht dazu da, einen Unternehmer vor Reisegeld-Willkür durch Anlegung einer Arbeitswilligenliste und überhaupt durch irgend welche Gefälligkeiten zu schützen.“

Zur Reichstags-Erwahl in Kachen. Die Centrumpartei hat endlich, am 29. Januar, ihren Kandidaten für die am 9. Februar stattfindende Reichstags-Erwahl aufgestellt, und zwar in der Person des Landtags-Abgeordneten Lehrers Sittart. Die Meldungen, die bereits in der vorigen Woche über diese Kandidatur ergingen, waren verfrüht. Denn zu der Zeit fanden noch lebhafteste Auseinandersetzungen zwischen der gemäßigten und der bekannnten radikalen Richtung, die der Kachener „Volksfreund“ vertritt, statt. Die erste Richtung wollte den beigeordneten Kachener Bürgermeister Klauener aufstellen, mußte aber schließlich der überwiegenden Mehrheit nachgeben. Wie der „Volksfreund“ schreibt, liegen verschiedene Vertreter von Arbeiterkorporationen keinen Zweifel daran, daß sie und ihre Korporationen bestimmt gewillt seien, vor der Wahl von dem Kandidaten der Centrumpartei, Herrn Sittart, die Abgabe einer befriedigenden Erklärung zu verweigern. (Arbeiterfragen, Getreidezoll, Heer und Marine u.) zu verlangen.

Der Vorsitzende des Kachener Arbeiter-socialen Zeitungsarbeiter-Berbands hatte bereits am 27. Januar in Uebereinstimmung mit anderen Vertretern christlich-socialer Arbeitervereine an den Landtags-Abgeordneten Sittart ein Schreiben nach Berlin geschickt, worin sie vor der Wahl bestimmte Erklärungen verlangten. Herr Sittart schrieb eine ausweichende Antwort, erklärte aber, daß er, wenn seine Aufstellung erfolge, sich „in einer öffentlichen Volksversammlung ganz offen aussprechen“ werde.

Man darf neugierig sein, wie sich die Angelegenheit erledigen wird. — Wie man übrigens sieht, treten die Kachener christlichen Gewerkschaften gerade so ungeniert als Centrumsvereine auf, wie sie das bei früheren Wahlen gethan haben.

Von einer patriotischen Feier. Aus Straßburg wird uns vom 30. Januar geschrieben: Ueber den Tod des Hauptmanns Adams von der 9. Compagnie des in Würzburg (Würzburgen) garnisierenden Infanterieregiments Nr. 17, der vorgestern Nacht in seiner Wohnung erschossen aufgefunden wurde, verbreitet die gouv. ernentale „Recher Zeitung“ die folgende Version:

Im Kameradschaftlichen Kreise und in frohster Stimmung geriet eine Offiziersgesellschaft auf den sportmäßigen Gedanken, die gegenseitigen Kräfte in persönlichem Spiel, im Ringen zu erproben. Wie so oft in solchen Fällen und bei der wohl hoch geachteten Erregtheit einiger der Herren, artete der Scherz in Ernst, bei einzelnen in Exaltation aus, bis zu dem Grade, daß im Gemenge Hauptmann Adams vom westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 17 in Würzburgen dem Regimentsarzt Dr. Räger, Oberstabsarzt erster Klasse im Infanterie-Regiment Nr. 144 daselbst, einen Schlag versetzte. Die Wirkung dieser Ungelegenheit und was sich unmittelbar daran knüpfte, entzieht sich der Beschreibung; doch erscheint es selbstverständlich, daß unter den eingeleiteten Schritten die Duellfrage in eifriger Erwägung kam. Ohne daß jedoch das Ergebnis der einen oder andern Anbahnungsversuche eines Ausgleichs als im Bereich der Möglichkeit abgewartet wurde, bemühtigte sich am späteren Abende des Trubels des genannten Sanitätsoffiziers, Oberlieutenant Räger vom Infanterie-Regiment Nr. 17, eine detart hochgradige Aufregung, daß er sich, nach einigen mit andrey Kameraden, in die Wohnung des Hauptmanns Adams begab und ihn — niemand weiß ob oder nach welchen Wortkämpfen — durch einen Revolverwurf zu Boden prädie. Der Tod scheint augenblicklich eingetreten zu sein. Hauptmann Adams war unverwundet.

Die „Lothringer Zig.“ berichtet dagegen: Betreffs des Todes des Hauptmanns Adams verlautet jetzt mit Bestimmtheit, daß derselbe das Opfer eines Duells geworden ist, das am späten Abend in dem Zimmer stattfand, wo die Leiche gefunden wurde. Der Duellgegner, ein Oberlieutenant, wurde verhaftet. Die Wahl der Stunde und des Ortes und die Thatsache, daß das Duell am Geburtstag des Kaisers stattgefunden haben soll, läßt die Sache in eigentümlichem Licht erscheinen.

Auch dem in Straßburg erscheinenden „Elsässer“ wird von Würzburgen aus berichtet, daß Hauptmann Adams als das Opfer eines

Pistoia und Vellei gefallen sei. Der Vorfall erregte, besonders da er sich bei der Feier von Kaiser's Geburtstag zugetragen, in der Bevölkerung das peinlichste Aufsehen.

Die in Frage kommenden militärischen Behörden werden wohl nicht umhin können, der Öffentlichkeit über das Aufsehen erregende Vorkommnis alsbald authentischen Aufschluss zu geben.

Gerüffelte Volksvertreter. Aus Eljah-Lothringen schreibt man uns: Die Handelskammer in Metz hat in ihrer letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, die Lothringischen Reichstags-Abgeordneten dringend zu ersuchen, sie möchten sich nach dem Muster ihrer elässischen Kollegen fürderhin recht zuge an den Arbeiten der Budgetkommission und den übrigen ihnen zugänglichen Kommissionen des Reichstags beteiligen, damit sie in die Lage kämen, die von der Handelskammer und den andern Interessensvertretungen ihrer Heimat ausgesprochenen Wünsche zu vertreten, wie dies seitens der elässischen Abgeordneten bereits seit einigen Jahren mit Erfolg geschieht. Die von der Metzger Handelskammer beauftragte „Schmollpolitik“ der lothringisch-kerikalen Abgg. Stüchly, Perot, Bieron entspricht der früheren politischen Haltung der weitaus protestantischen Gruppe des Reichstags, die nur alle Jahre ein- oder zweimal in Berlin erschienen, wenn dort die Anträge auf Beseitigung der Diktaturparagrafen oder Einführung des direkten Landeswahlrechts zur Verhandlung standen. Mit diesem System einer Abstinenzpolitik hat die jungelässische Gruppe Gaus-Delfor-Bonderscheer seit 1893 enggültig gebrochen und damit bei ihren Anhängern im Lande so viel Anklang gefunden, daß die alte Schmollwinkel-Gruppe bei den nächsten Reichstagswahlen wohl zweifellos vom politischen Schauplatz verschwinden dürfte.

Eine Elässer-Interpellation wird demnächst den Reichstag beschäftigen. Die der „El. Volksbote“, das Organ der Reichstags-Abgeordneten Delfor und Gaus, berichtet, beabsichtigen diese, den Reichstanzler demnächst darüber zu interpellieren, welches die Gründe waren, die die Kolmarer Bezirksregierung (vertreten durch den Prinzen Alexander von Hohenlohe) dazu bestimmten, dem kürzlich von Mülhauer Gemeinderat mit großer Mehrheit zum Bürgermeister gewählten kerikalen Beigeordneten Dr. Helmer die erforderliche Bestätigung zu versagen.

Majestätsbeleidigung. Wegen angeblicher Beleidigung, begangen durch eine Aushungerung, die er in trunkenem Zustande bei einer „patriotischen“ Feier fallen ließ, wurde in Ruhrort ein junger Beamter aus Essen verhaftet.

Ausland.

Frankreich.

Paris, 30. Januar. (Sig. Ver.) Der nationalisistische Gemeinderat von Paris hat soeben in einem wichtigen Punkt die Hoffnungen seiner reaktionären Großwähler bitter getrübt. In der Gemeindevahl-Campagne hatte bekanntlich die Erneuerung des 1906 ablaufenden Gasmonopols eine bedeutende Rolle gespielt. Angesichts des allgemeinen Unmuts der Gasconsumenten gegen die Monopolgesellschaft (der Kubikmeter Gas kostet in Paris bisher 30 Cts. = 24 Pf.) mußten die nationalisistischen Kandidaten der Wählermasse eine Herabsetzung der Gaspreise versprechen. Andererseits aber waren sie fest entschlossen, das Gasmonopol zu erneuern. Dazu trübten sie teils ihre kapitalistischen Instinkte, teils die — klingende Hilfe der Gasgesellschaft in der Wablogitation.

Um dieser widerstandsvollen Aufgabe gerecht zu werden, haben die Demagogen monatelang mit der Gasgesellschaft Unterhandlungen geführt mit der Absicht, die Gasverbilligung für die Gesellschaft durch die Erneuerung des Monopols unter Vernachlässigung der Interessen der Stadt annehmbar zu machen. Die Gesellschaft beantragte die Herabsetzung des Gaspreises auf 20 Cts. zu Anfang 1902 unter der Bedingung der Uebergabe des Gasbetriebs an eine „neue“ Gasgesellschaft, die nichts anderes war, als eine Fortsetzung der alten Gesellschaft, wobei der neue Pachtvertrag die Stadt für die 50jährige Dauer der Pacht um hunderte von Millionen schröpfte.

Zahllos sind die cynischen Wandervögel, die von der ultramontanen Gemeinderatsmehrheit Hand in Hand mit der Monopolgesellschaft auf Scene gesetzt wurden, um die Stadt für weitere 50 Jahre zu binden. Aber alles half schließlich nichts. Die unablässige und sachkundige Opposition insbesondere der sozialistischen Winderheit hat die laubenden Pläne vereitelt. Als es zur Entscheidung kam, mußten einige Nationalisten, die auf die Dummheit ihrer Wähler nicht sonderlich vertrauen, von der Mehrheit abtrüden — und die Vorschläge der bestellten Kommission bzw. der Monopolgesellschaft wurden mit Stimmengleichheit (33 gegen 33 Stimmen) abgelehnt. Mit derselben Stimmengleichheit fiel freilich der sozialistische Vorschlag auf Uebernahme des Gasbetriebs durch die Stadt. Aber dieser Vorschlag wird später von neuem kommen, während die Nachenschaften der Monopolgesellschaft und ihrer nationalisistischen Hausleute entgültig kompromittiert sind.

Diese Nachenschaften haben in der entscheidenden Sitzung einen unerhörten Grad von Unisimus erreicht. Es kam so weit, daß der Vorsitzende der „neuen“ Gasgesellschaft von der Zuschauer-Tribüne aus den nationalisistischen Hauptlingen eine schriftliche Erklärung zugehen ließ, die den Eindruck einer vom Präfeldern gemachten Erklärung abschwächen sollte! Der Seine-Präsident teilte nämlich mit, daß die „neue“ Gesellschaft unter der Auszahlung einer Annuität (Jahresentschädigung für das Betriebsmaterial) nun eine alljährliche Zahlung verheißt. Dieraus holten sich nun die nationalisistischen Geschäftsleute schnell eine mit Bleistift hingekritzeltte Gegenerklärung vom erwähnten Vorsitzenden und schwenkten den Fegen Papier triumphierend auf der Rednertribüne! Der Schürtenstreich wurde von den unter den Zuschauertribünen befindlichen Mitgliedern der Gasarbeiter-Gewerkschaft vor dem verammelten Gemeinderat konstatiert, was der groben Wache den Todesstoß versetzte.

Diese Umstände haben nicht nur die Ausfichten der Kommunifizierung des Gasbetriebs erhöt, sondern auch den Nationalismus im allgemeinen schwer distreditiert. In der republikanischen Presse aller Schattierungen verlangt man jetzt eine strenge Untersuchung der Geschäftsbücher der Gesellschaft, um namentlich den von ihr dem Gemeinde-Wahlfonds der Liga des französischen Vaterlands zugewendeten Geldern auf die Spur zu kommen. Wgherdem spricht der zuverlässige „Matin“ von sehr vorteilhaften „Publicitäts“-Verträgen, die die Gasgesellschaft mit mehreren Zeitungen abgeschlossen hat, Verträgen, die von der Panama-Affaire her berichtigt sind als ein Deckmantel der Pechkorruption.

In einer Kammerwahl in Sisson (Vosges-Alpes) siegte in der Stichwahl der instabile Subbard gegen den nationalisistischen Kandidaten mit 2044 gegen 2191 Stimmen. Der Sieg wurde in den Kammerwahlen von 1891 zuerst von den Radikalen dem antisemitischen Grafen d'Angues abgegriffen.

In Lille siegte in einer Gemeinderats-Wahl die gemeinsame Liste der Radikalen und der französischen Arbeiterpartei (Guesdisten) gegen die Liste des Ordnungskomitees mit 900 Stimmen Mehrheit. Es wurden gewählt zwei Guesdisten und ein Radikaler. Es ist bemerkenswert, daß das Wahlbündnis gleich für den ersten Wahlgang geschlossen wurde, und zwar von der stärksten und einflussreichsten Organisation der guesdistischen Richtung.

Afrika.

Wirren in Abyssinien. Aus Kairo wird Londoner Abendblättern gemeldet, daß in Abyssinien wiederum Kämpfe zwischen einzelnen Ras stattgefunden haben, bei denen die Verluste auf beiden Seiten 7000 Mann betragen sollen.

Amerika.

Die kubanische Frage wird wieder aktuell. Aus New York wird gemeldet: Die öffentliche Meinung ist über die Haltung der Kubaner sehr erregt. Diese haben einen Kongreß einberufen und eine Verfassung ausgearbeitet, in der die Unabhängigkeit der Kubaner aufgestellt wird. Sie werden demnächst einen Präsidenten wählen

und dieses Verfassungs-Programm nach Washington zur Gutheißung senden. In republikanischen Kreisen hat diese Unabkbarkeit (?) der Kubaner gegen ihre Reiter große Aufregung hervorgerufen.

Der Boeren-Krieg.

Keine Friedensvermittlung.

Die Meldung Londoner Blätter, Kaiser Wilhelm werde die Vermittlung zwischen England und den Boeren übernehmen, wird vom auswärtigen Amt als gänzlich unbegründet bezeichnet.

In Uebereinstimmung damit läßt sich die „Voss. Zig.“ aus London telegraphieren:

Ich bin in der Lage, aus bester Quelle versichern zu können, daß der Kronprinz keine Absicht hat, die Vermittlung zwischen England und den Boeren zu übernehmen. In leitenden englischen Kreisen besteht auch jetzt noch die Absicht, den Krieg fortzusetzen, bis die im Felde stehenden Boeren entweder die Waffen gestreckt haben oder zerstreut oder vernichtet worden sind. In Uebereinstimmung mit dieser Information meldet eine Durbaner Drahtung des „Standard“, die Operationen würden demnächst in eine neue Phase treten und es werde ein neuer Feldzug in großem Maßstab unternommen werden. Massen bereiteter Truppen sollen eine Hezjagd auf die Boeren beginnen, woran sich auch Infanterie beteiligen werde, die der größeren Beweglichkeit halber auf Mauleselkaren befördert werden soll.

Bedrohung der Minen.

In der Umgebung Krügers wird berichtet, daß die Boeren beschloßen haben, auf die von englischer Seite angekündigte Aushungerung der Boerenfrauen und Kinder mit der Verstärkung von Johannesburg und der dortigen Minen zu antworten.

Die tägliche Verlustliste

der englischen Armee in Südafrika umfaßt für den 31. Januar 5 Tote, darunter 1 Offizier, 2 an Krankheiten Verstorbene, 24 Verwundete, darunter 2 Offiziere, und 19 Vermisste.

Empörung englischer Truppen auf St. Helena.

Dem „Reuterischen Bureau“ wird unterm 6. Januar aus St. Helena geschrieben: Unter den hier liegenden westindischen Truppen sind ernste Unruhestörungen vorgekommen. In der Neujahrsnacht kam es zwischen einigen Matrosen vom Kriegsschiff „Thetis“ und einigen der westindischen Soldaten zu einer Auferer, bei der einer der letzteren verletzt und infolge dessen ins Lazarett geschickt wurde. Während eines am folgenden Abend von den Leuten des „Thetis“ abgehaltenen Wohlthätigkeitskonzerts durchzog eine Anzahl Soldaten des westindischen Regiments, mit Keulen und an Säcke gebundenen Rasiermessern bewaffnet, die Stadt. Zahlreiche der Bewohner wurden verletzt, verschiedene Frauen geschlagen, einer wurde ein Auge ausgeschlagen und einem Manne der Schädel gebrochen. Einige in dem Konzertsaal befindliche Kinder wurden durch Rasiermesserschritte verletzt, 12 Matrosen erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen. Die Leute brachen an ihren Kasernen aus, und die Verurtheilten der Offiziere, sie wieder zurück zu bringen, erwiesen sich als vergeblich. Starke Patrouillen wurden vom „Thetis“ gelandet; schließlich särmten die Soldaten das See- mannsheim und schlugen dort Thüren und Fenster kurz und klein. Am folgenden Tage wurde ihnen befohlen, nach dem Lager zu gehen. Sie verweigerten jedoch den Gehorsam und drohten, die Häuser in der Stadt in die Luft zu sprengen. Am nächsten Morgen wurde eine Compagnie des Gloucester-Regiments von Deadwood geholt und den Westindiern befohlen, sofort nach dem Lager zu gehen, widrigenfalls man auf sie schießen werde. Da sie sahen, daß man Ernst machte, formirten sie sich und marschirten ruhig nach dem Lager. Der ganze Ort ist in Aufregung, und man fürchtet, daß die Westindier ihre Drohung wahr machen und einen Ueberfall der Stadt versuchen werden. Vorläufige Anordnungen sind getroffen worden. Das Lager wird von den Indiern bald geräumt werden müssen, da neue Kriegsgefangene antommen, und 250 Mann Militär nach St. Helena unterwegs sind.

Parlamentarisches.

Die Budget-Kommission setzte in ihrer Freitag-Sitzung die Beratung über den Reichspost-Etat fort. Bei der Diskussion der Einnahme aus dem Briefverkehr wurde das ganze Gebiet der Wünsche, die seit Jahren laut geworden sind, wiederholt. Die Verminderung der Bestellgänge in Berlin wurde lebhaft beklagt. Auch die langsame Reijahrs-Briefbestellung wurde von verschiedenen Seiten bemängelt. Staatssekretär v. Bobbielack gab die Berechtigung der Klagen zum Teil zu, hob aber die Schwierigkeiten hervor, die sich bei der Briefbestellung durch die Verschiedenartigkeiten der Couverts ergeben, von denen die ganz kleinen und dreieckigen oft in die gleichfalls zu bestehenden Zeitungsbüchlein gerieten. Die Beamten seien grade dadurch im Briefverkehr besonders angestrengt, und es würde nötig sein, einheitliche Couverts mit einer Minimal- und Maximalgröße einzuführen. Der letzte Vorschlag fand bei einzelnen Rednern Zustimmung. Ueber die weiteren Positionen des Post-Etats soll in der nächsten Sitzung verhandelt werden.

Die Gewerbegerichtskommission begann am Freitag die Beratung der von den Sozialdemokraten und dem Centrum gestellten Anträge, betreffend die Abänderung des Gewerbegerichts-Gesetzes. Zu § 1 beantragten unsere Genossen die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte, während der Antrag des Centrum's eine weitere Ausdehnung der Gewerbegerichte nur infolten forderte, daß für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern erst auf Antrag beteiligter Arbeitgeber oder Arbeitnehmer ein Gewerbegericht errichtet werden muß. Abg. Pauli (Wottdam) beantragte, daß ein Antrag auf Errichtung eines Gewerbegerichts in Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern von einem Drittel der wahlberechtigten Arbeitgeber oder Arbeitnehmer gestellt sein muß. Dieser Antrag wird von Genosse Tugauer aus principiellen Gründen und seiner Unburbarkeit wegen bekämpft. Tugauer wies darauf hin, daß der Reichstag durch Plenarbeschluß vom 24. März 1886 bereits die Einführung obligatorischer Gewerbegerichte gefordert habe und begründete den dasselbe fordernden sozialdemokratischen Antrag. Der Centrumsantrag gehe entschieden nicht weit genug. Im Fall der Ablehnung der obligatorischen Gewerbegerichte beantragte unser Genosse, in dem Centrumsantrag statt „20 000“ zu setzen „15 000 Einwohner“. Auch dagegen erklärte er sich, daß in Gemeinden von 20 000 bzw. 15 000 Einwohnern überhaupt noch ein Antrag auf Errichtung eines Gewerbegerichts notwendig sein soll.

Nach längerer Debatte wird die allgemeine obligatorische Einführung der Gewerbegerichte gegen zwei Stimmen abgelehnt, und die obligatorische Einführung derselben für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern, ohne daß hierzu erst ein Antrag beteiligter Kreise nötig ist, beschloßen.

Zu § 2 lag ein sozialdemokratischer Antrag vor, welcher die Zuständigkeit der Gewerbegerichte ausdehnen will auf alle im Bergbau, in der Land- und Forstwirtschaft, im Handel und Verkehr und als Gefinde beschäftigten Personen. Für diesen Antrag stimmten, nachdem derselbe von Tugauer beantwortet, nur die beiden sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission.

Eine längere Debatte entspann sich darüber, wer im Sinne des Gewerbegerichts-Gesetzes als Arbeitgeber zu betrachten sei. Der sozialdemokratische Antrag ging dahin, daß als Arbeitgeber zu betrachten sei jeder selbständige Gewerbetreibende, auch wenn er keine Arbeiter beschäftigt. Tugauer und Jubeil empfahlen die Annahme

dieses Antrags. Das jetzige Gesetz enthalte eine Lücke, indem es nicht bestimme, wer als Arbeitgeber zu betrachten sei. In einzelnen Orten werde nur derjenige als Arbeitgeber zu den Wahlen zugelassen, der sich durch seine Gewerbe-Steuerzahlung als solcher legitimiert, während wieder andere Ortsstatuten bestimmen, daß jeder Arbeitgeber sei, der mindestens einen Arbeiter dauernd gegen Lohn beschäftigt, auch wenn er keine Gewerbesteuer zahle. Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und hierauf die Weiterberatung auf 3 Tage vertagt.

Die Einschränkung der Massenkonzeffionen verlangt eine dem Reichstage zugegangene Petition des Vorstands des Deutschen Gastwirtsverbands. Es wird gefordert, daß in § 83 der Gewerbe-Ordnung eine Bestimmung aufgenommen werden soll, wonach die Erlaubnis zum Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft, sowie zum Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus verjagt werden soll, wenn der die Konzeffion Nachsuchende bereits für zwei von ihm selbst oder durch Stellvertreter betriebene Lokale die Erlaubnis erhalten hat. — In einer zweiten Petition verlangt der Vorstand des genannten, ca. 20 000 Mitglieder zählenden Vereins das Verbot von Schankstätten in Warenhäusern. Die Petition weist darauf hin, daß schon eine preußische Ministerialverordnung vom 20. August 1896 es den Regierungspräsidenten zur Nichtsicht gemacht habe, Gast- und Schankwirtschaftsbetriebe niemals in Räumlichkeiten zuzulassen, in denen noch andre, fremdartige Gewerbe betrieben werden. Diese Verordnung habe aber, weil sie eben nur die Nichtsicht erlassen wurde und ihre Bestimmungen nicht absolut verbindlicher Natur sind, in Preußen nicht verhindert, daß großen Warenhäusern Schankstätten genehmigt worden sind, zu denen der Zutritt nicht nur den jeweils in dem betreffenden Geschäft Angestellten, sondern jedermann freisteht. Petenten fordern deshalb, daß solche Schankstätten in den Warenhäusern künftig nur für die Angestellten dieser Geschäfte zugelassen werden sollen.

Das Dreiklassenwahl-Unrecht.

Nach der soeben erschienenen Statistik der preußischen Landtagswahlen im Jahre 1898 gab es bei diesen Wahlen im ganzen 6 477 253 Urwähler. Sie verteilten sich auf die drei Klassen so, daß auf die erste 3,26 Proz., auf die zweite 11,51 Proz., und auf die dritte 85,23 Proz. der Wähler entfielen. Jede dieser Klassen hatte die gleichen Rechte, so daß die 947 218 Wähler der ersten und zweiten Klasse doppelt so viel Wahlrecht ausübten hatten, wie die 5 1/2 Millionen Wähler der dritten Klasse. Die lächerlichen Reformen, die man an diesem System vorgenommen hat, um seinen kapitalistischen Klassencharakter etwas zu mildern, haben nicht das geringste gebessert; im Gegenteil, immer plutokratischer wird es. Seit dem Jahre 1855 ist die Zahl der Wähler sowohl in der ersten wie in der zweiten Klasse im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wähler beständig zurückgegangen, folglich immer mehr Wähler in die dritte Klasse gedrängt worden; das bedeutet, daß die Rechte der Wähler dritter Klasse immer geringer, die der Wähler erster und zweiter Klasse immer größer geworden sind.

Von je 100 Wählern wurden gezählt in der

	1855	1861	1867	1873	1878	1883	1888	1893	1898
1. Klasse	5,02	4,78	4,46	4,20	3,62	3,52	3,26	3,26	3,26
2. "	18,89	18,49	12,78	12,84	10,82	12,06	11,98	11,98	11,98
3. "	81,09	81,77	82,76	83,48	85,56	84,42	85,88	85,88	85,88

Sehr drastisch wird dieses soeben Wahlsrecht illustriert durch die Thatsache, daß unter den 25 404 Urwahlbezirken des ganzen Staats 2151 waren, in denen nur ein einziger Wähler 1. Klasse war, der also unter Umständen zwei Wahlmänner zu wählen hatte; auch in der 2. Klasse waren noch 98 solcher Wahlbezirke, in denen ein einziger Wähler den oder die Wahlmänner ernannte. Außerdem gab es noch 1765 Bezirke, die in der ersten, und 188, die in der zweiten Klasse nur 2 Wähler hatten. Es ist bezeichnend für diesen Zustand, daß 2081 Urwahlen durch den Zufall des Todes entschieden werden mußten, davon allein 1218 in der ersten Klasse. Im Durchschnitt des Staats kommen auf einen Wahlmann erster Klasse 5,44 Wähler, auf einen zweiten Klasse 18,43 und auf einen Wahlmann dritter Klasse 142,27 Wähler.

Es ist eine bekannte, bei solcher Art Wahl ganz begriffliche Erscheinung, daß sie den Wählern nur ganz geringes Interesse einflößt; so betrug die Wahlbeteiligung im Jahre 1898 in ganz Preußen nur 18,36 Proz.; die übrigen mehr als 1/3 aller Wähler kümmerten sich nicht um die Wahl, wobei allerdings die Thatsache eine Rolle spielt, daß sich die Sozialdemokratie an diesen Wahlen bisher nicht beteiligt hat. Nach Klassen geschieden betrug die Beteiligung in der dritten Klasse 15,67 Proz., in der zweiten 30,65 Proz. und selbst in der ersten betrug sie nur 46,22 Proz.; es blieb also auch hier noch über die Hälfte der Wähler zu Hause. In 965 Wahlabteilungen kam überhaupt keine Wahl zu Stande, weil kein einziger Wähler erschien. Ein Parlament, das auf solche Weise zusammen kommt, kann man doch wirklich keine Volksvertretung nennen.

Die größten Verdrätsheiten zeitigt die Dreiteilung des Einkommens innerhalb der einzelnen Urwahlbezirke. Es giebt 7 Urwahlbezirke, in denen man mit mehr als 10 000 Mark jährlicher Steuerleistung in der dritten Klasse wählt; davon sind 6 in der Stadt Berlin; und es giebt einen Urwahlbezirk, wo man mit einer Steuerleistung zwischen 5 und 10 M. in der ersten Klasse wählt. In 11 Urwahlbezirken giebt es noch in der zweiten Klasse Wähler, die mehr als 30 000 M. jährlich Steuern bezahlen, davon sind 6 in Berlin, und daneben existiert ein Bezirk, wo ein Wähler, der zwischen 3 und 5 M. Steuern zahle, in der zweiten Klasse wählt. In der Stadt Berlin ist allerdings kein Wähler unter 150 M. jährlicher Steuerleistung Wähler erster Klasse und nur einen Bezirk giebt es, wo man mit reichlich 10 M. Steuern Wähler zweiter Klasse sein kann. Unter den 1202 Urwahlbezirken Berlins sind nur 577, in denen man mit mehr als 100 M. Steuerleistung nicht in der 3. Klasse bleibt und nur 419, in denen man mit mehr als 50 M. Steuerleistung nicht in der 3. Klasse bleibt.

Die Verteilung der Urwähler ist trotz der öffentlichen Stimmgabe deshalb nur schwer festzustellen, weil vielfach mehr wie ein Wahlmann zu wählen ist und oft die Verteilung des Wahlmanns, für den der Urwähler stimmt, nicht bekannt ist. Soweit Feststellungen möglich waren, stimmten für die Kon-servativen 299 284 Wähler, darunter 207 990 dritter Klasse, für die Freikonservativen stimmten 42 647, davon 27 974 dritter Klasse, nationalliberal 163 938, davon 107 853 dritter Klasse, für freisinnige Vereinigung 89 463, davon 25 005 dritter Klasse, freisinnige Volkspartei 102 986, davon 79 151 dritter Klasse, Centrum 206 630, davon 143 300 dritter Klasse, Polen, Dänen, Littauer, Welfen 165 806, davon 139 183, Socialdemokraten 27 419, davon 26 644 dritter Klasse. Die übrigen verteilten sich auf diverse kleine Gruppen oder waren unbekannt.

Daß die Konservativen die meisten Stimmen aufzuweisen haben und auch die meisten Stimmen dritter Klasse, ist bei der öffentlichen Stimmgabe nicht zu verwundern. Die konservativen Stimmen sind aber natürlich zumeist auf dem Lande erzielt; in den Städten verjagt ihr Einfluß schon; so hatten sie z. B. in den Städten nur 65 256 Wähler dritter Klasse. In den Städten dominieren die Nationalliberalen; sie haben hier in jeder Abteilung die meisten Stimmen. Ihnen folgt die konservative Partei in der Gesamtzahl aller drei Abteilungen, darauf die freisinnige Volkspartei und dann das Centrum; in der dritten Abteilung kommen jedoch die Konservativen erst nach dem Centrum.

Durch die bei den nächsten Wahlen eintretende allgemeine Beteiligung der sozialdemokratischen Partei werden sich ja die Stimmzahlen dieses wohl wesentlich verschieben, welchen Einfluß auf das endliche Ergebnis der Wahlen das haben wird, darüber liegen sich nur bei ganz eindringendem Studium in die vorliegenden Zahlen einige annähernde Vermutungen aufstellen. Bis jetzt wissen wir nur, daß sich eine doch nicht ganz unbedeutende Zahl von Wählern gefunden hat, die vor der öffentlichen Abstimmung für die Sozialdemokratie nicht zurückgeschreckt ist.

Eine Ausföhrung mit solchem verrotteten System bedeutet natürlich unsere Beteiligung an diesen Wahlen nicht; vielleicht eher das Mittel, den Unstimm und die haarsträubende Ungerechtigkeit derselben erst recht hervortreten zu lassen. Wir müssen es mit allen Mitteln bekämpfen.

Partei-Nachrichten.

Der Sieg unserer Parteigenossen bei der Stadtverordneten-Wahl in Braunschweig, über den wir vor acht Tagen berichteten, ist durch die Stichwahlen am gestrigen Freitag zu einem vollendeten geworden. Unsere beiden in Betracht kommenden Kandidaten, die Parteigenossen G ü n t h e r und S t e g m a n n, sind nach lebhaftem Kampfe gewählt worden, jedoch die Zahl der gewählten socialdemokratischen Stadtverordneten in Braunschweig vier beträgt.

Totenliste der Partei. In Frankfurt a. M. starb der Parteigenosse Jakob Opfer im besten Ramesalter. Der Verstorbene war stets einer der ersten, wenn es galt, für die Partei- und Gewerkschaftsbewegung etwas zu incurren. Seine Schaffensfreudigkeit kannte nach dieser Hinsicht keine Grenzen, was es auch sein mochte, immer war er mit Rat und That bei der Hand und legte sein ganzes Können für unsere Sache ein. Sein biederes Charakter, sein offenes und ehrliches Wesen machten ihn überall beliebt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Streik bei Vorfis.

Die Arbeiter der Firma Vorfis waren am Donnerstag in großer Zahl — wenigstens 1000 Personen — in Weimanns Saal in der Vordstraße versammelt. Es handelte sich um die Stellungnahme der Arbeiter zu einem Entlassungsbescheid des Betriebsdirectors, welcher besagt: „Som 1. Februar treten folgende Bestimmungen in Kraft: 1. Das Mitbringen von Bier und andern geistigen Getränken in die Fabrik sowie das Trinken von Bier und andern geistigen Getränken während der Arbeitszeit ist verboten. 2. Während der Arbeitstage wird am Vormittag von 8 1/2—9 Uhr und am Nachmittag von 3 1/2—4 Uhr warmer Kaffee zu den bisherigen Preisen verkauft. 3. An den Sonnabendenachmittagen findet ein Verkauf von Kaffee nicht statt. 4. Die Kantine ist nur während der Mittagspause von 12—1 Uhr geöffnet. Während der übrigen Zeit, auch abends nach 6 Uhr bleibt die Kantine geschlossen.“

In der Versammlung nahmen nach dem Referenten Schlegel mehrere von den Vorfisigen Arbeitern das Wort. Es herrschte vollkommene Uebereinstimmung in der Beurteilung des Entlasses, den man als einen Eingriff in die eigensten persönlichen Angelegenheiten der Arbeiter bezeichnete. Es sei doch ein starkes Stück, wenn der Betriebsdirector, der sich selber wohl von niemand vorschreiben lassen würde, was er zu essen und zu trinken habe, sich herausnehme, den Arbeitern den Biergenuss einfach zu verbieten. Die schwere Arbeit mache es geradezu notwendig, daß man sich hin und wieder durch einige Schluck Bier stärke. Wenn der Entlassungsbescheid würde, dann bekämen die Arbeiter aber während des Vormittags überhaupt kein Bier, und da die Kantine während der Mittagspause höchstens den vierten Teil aller Arbeiter versorgen könne, so müßten also die übrigen auch während des Nachmittags ohne ständendes Getränk sich behelfen. Das sei um so unangenehmer für die Arbeiter, als ja fast regelmäßig Ueberstunden bis 8 Uhr abends und noch länger gemacht werden. Der Kaffee, der in der Fabrik zu haben ist, könne keinen Ersatz für das Bier bieten, denn dieser „Kaffee“ sei eine braune Brühe, deren Genuß die Folge habe, daß man alsbald einen gewissen stillen Ort aufsuchen müsse. — Die Versammlung beschloß einstimmig, den Entlassungsbescheid zu lassen, sich Mann für Mann, mit Flaschenbier versehen, zur Arbeit zu begeben und abzuwarten, ob die Direction diesen an sich unbedeutenden Anlaß zur Ursache eines Konflikts machen werde.

Am Freitagmittag wird uns berichtet:

Heute morgen um 8 Uhr gingen die Arbeiter ins Betriebsbureau, um mit dem Direktor D o r n Rücksprache zu nehmen. Oberingenieur K ä m p f teilte ihnen mit, daß sie kein Bier bekämen. Darauf gingen die Arbeiter in die Säle zurück, zogen sich an und legten schließlich die Arbeit nieder.

Steinseher. Der Tarif ist von den Steinsehermeistern G i n g e und P l i m e l bewilligt worden. Weitere Bewilligungen stehen in sicherer Aussicht.

Deutsches Reich.

Unternehmerpraktiken. Der Steinsehermeister Ladentzin unterbreitete seinen Gesellen ein Schriftstück, welches folgende Bestimmungen enthält: Jeder eintretende Geselle muß mit dem zur Zeit gezahlten Lohn zufrieden sein und darf später keine neuen Forderungen stellen. Jene, welche Agitation darf bei der Arbeit nicht betrieben werden. Kündigung ist für beide Teile aufgehoben. Das Rauchen ist auf den Grundstücken, Lagerplätzen und Arbeitsstellen der Firma verboten. Wenn drei oder mehr Arbeiter zusammenstehen, so wird dieses als „Komplot“ angesehen und mit sofortiger Entlassung geahndet. Die jetzigen Pausen werden nicht mehr eingehalten. Jeder Geselle muß im Interesse des Meisters arbeiten.

Das schnurrende Schriftstück ist leider doch von drei Arbeitern unterzeichnet worden; die Mehrzahl lehnte es natürlich ab.

Die Glasarbeiter und Glasflieger in Schauenstein liegen seit sechs Monaten im Kampfe mit ihren Unternehmern. Es handelt sich um die P e t e r s e Fabrik, deren Direction versucht die Organisation der Arbeiter zu sprengen. Die S c h ä r e r folgten denn auch den Verlockungen und traten aus dem Verbande der Glasarbeiter aus. Den Glasfliegern wurde dann eine schon vor einem Jahre geforderte Monatsentschädigung von 60 M. pro Jahr angeboten, wenn auch sie aus dem Verbande austreten würden. Aber unter dieser Bedingung dankten die Flieger; sie forderten nun aber ihrerseits die Monatsentschädigung. Ein Mitglied des Arbeiter-Ausschusses wurde gekündigt, weil er die Flieger „aufgewiegelt“ haben sollte. — Eine von fast sämtlichen Glasarbeitern der P e t e r s e Fabrik besuchte Versammlung hat nun am 27. Januar einstimmig beschlossen, den Vorstand des Verbandes um Genehmigung eines Streiks zu ersuchen, zu welchem die folgenden Bedingungen gestellt werden: 1. Wiedereinstellung des Gemahregelten, 2. Vermeidung des Streiks in Schauenstein durch Gewährung der Rieburger Lohn-, Arbeits- und Wohnungs-Verhältnisse, 3. Volle Anerkennung der Organisation. — Bereits sind einige Agenten der Firma unterwegs, um Erfolge anzuwerben; hoffentlich haben sie damit keinen Erfolg.

Die Schuhmacher von Frankfurt a. M. wollen im nächsten Frühjahr in eine L o h n b e w e g u n g eintreten. Die Lohnkommission ist beauftragt, einen Lohnsatz auszuarbeiten, der sodann den Meistern unterbreitet werden soll.

Wohltäter Krupp. Vor einigen Tagen überraschten Schmocks die staunende Welt mit der Nachricht, Wohltäter Krupp habe der Arbeiter- und Beamten-Pensionskasse wieder eine Schenkung gemacht. Während man über die hochherzige That pflichtschuldigst die üblichen Hurzelbäume schlug, wurden die Arbeiter auf der Fabrik des Wohltäters durch folgende Bekanntmachung „freudig“ bewegt: „Infolge der in letzter Zeit vorgenommenen Verbesserungen an den Betriebs-einrichtungen und des zunehmenden schlechten Geschäftsganges wegen, bei dem es immer schwieriger wird, genügend Aufträge zu erhalten, bin ich genötigt, mehrere Accordsätze vom 30. d. M. ab herabzusetzen...“ Die Abzüge betragen auf verschiedenen Accorden bis zu 30 Proz. Da ist es nicht verwunderlich, daß trotz der de-rühmten Wohlfahrten Krupp sein Einkommen jedes Jahr um einige Millionen steigern

lamm. Man muß das Geschäft nur verstehen. — Aus lauter Wohlthäterei hat man bei der Lohnreduktion sogar die gesetzlichen Bestimmungen — übersehen. Der zum 30. in Kraft tretende Abzug wurde erst am 19. Januar bekannt gegeben.

Ausland.

Die Spitzenweber von Calais

Sind durch die Länge des Streiks durchaus nicht entmutigt. Obgleich die Unterstützung pro Mann und Woche bereits seit vier Wochen nur noch fünf Frank beträgt, sind sie nach wie vor entschlossen, so lange auszuhalten, bis ihre Forderungen bewilligt sind. Bekanntlich haben die Fabrikanten ihre Betriebe seit einiger Zeit wieder geöffnet, es sind aber nur die Mitglieder der „Emancipation“ in die Fabriken gegangen; etwa 400 Arbeiter sind für 1850 Stühle vorhanden. Vor einigen Tagen ist es zu einem Zusammenstoß zwischen den Polizisten und den Streikenden gekommen. Einige Arbeitswillige, die man in Calais (wie zum Teil auch in England), „Schwarze Hammel“ nennt, waren von Streikenden mit „Wäh!“ angerufen worden. Das veranlaßte die Gendarmen einzugreifen und Verhaftungen vorzunehmen. Die Verurteilten sprengten in die Umkleenden hinein, teilten rechts und links Gieße aus und verhafteten, wer ihnen in den Weg kam. Trotz all dieser Vorkommnisse halten die Streikenden aus; das Komitee hat erst vor wenigen Tagen abermals eine g e h e i m e Abstimmung vornehmen lassen; das Ergebnis war: 1635 stimmten für, 181 gegen Fortsetzung des Streiks.

Die mutigen Kämpfer verdienen unterstützt zu werden; schnelle Hilfe thut vor allem not.

Der Ausstand der Pariser Stadtbahn-Angestellten dauert fort. Die Streikenden haben ihre Forderungen dahin eingeschränkt, daß sie nur noch die feste Anstellung nach sechs Monaten Dienst verlangen; ihre übrigen Forderungen glauben sie später durch die Kraft ihrer Organisation durchsetzen zu können. Die Omnibus-Gesellschaft ist eifrig bemüht, den durch die Lohmlegung der Stadtbahn ins Stocken gerathenen Verkehr zu bewältigen.

Der Telegraph wird vom 1. Februar: Der Streik der Stadtbahnangestellten ist beigelegt. Dieselben haben in der letzten Nacht in einer Versammlung die Bedingungen der Verwaltung angenommen.

Lohnbewegung der im Beleuchtungswesen Kopenhagens beschäftigten städtischen Arbeiter. Der Verband der Beleuchtungsarbeiter reichte im Herbst vorigen Jahres dem Magistrat einen Antrag auf Verbesserung der Lohnverhältnisse der im städtischen Dienst beschäftigten Arbeiter dieses Fachs ein. Durch Verhandlungen eines Ausschusses des Stadtverordneten-Kollegiums mit den Vertretern des Verbandes sind folgende Lohnerhöhungen festgelegt: Für Plagarbeiter von 3,30 auf 3,50 Kr.; für Retortenhandsarbeiter von 4 auf 4,25 Kr.; für Rohrleger von 4 auf 4,30 Kr. In ähnlicher Weise sind die Löhne der übrigen in Betracht kommenden Arbeiter erhöht worden. Das hiermit Erreichte bleibt beträchtlich hinter dem zurück, was von den Arbeitern gefordert worden ist; man will sich jedoch vorläufig damit zufrieden geben. Die Arbeitszeit wurde bereits im Jahr 1897 von 12 Stunden auf 8 Stunden herabgesetzt. Auch damals wurden durch die Wirksamkeit der Organisation schon bedeutende Lohnerhöhungen erzielt.

Aus der Frauenbewegung.

Wie können die Frauen und Mädchen als Arbeiterinnen und Handlungsgeschäftinnen ihre Berufsinteressen wahren? Ueber dieses für Frauen und Mädchen wichtige Thema wird der Reichstags-Abgeordnete Peus am Montag, den 4. Februar, abends 9 Uhr, im Klubhause, Hauptstr. 5/6 in Schöneberg, einen Vortrag halten. Es werden besonders die Handlungsgeschäftinnen und -Geschäftigen dazu eingeladen. Die Vertrauensperson.

Gerichts-Beitrag.

Im Pelto-Prozess wurde gestern insofern wieder in die Beweisaufnahme eingetreten, als der Vorsitzende darauf hinwies, daß die Angeklagten nicht darauf aufmerksam gemacht worden seien, daß die ihnen zur Last gelegten Straftaten den Charakter der Gemeinschaftlichkeit tragen könnten. Dieser Hinweis gab zu einer Erörterung keinen Anlaß, wohl aber nahm im Namen sämtlicher Angeklagten der Angeklagte Dr. Haase das Wort, um noch einmal die ihnen in betreff des Grüberdelicts gemachten Vorwürfe zu widerlegen. Darauf zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück.

Nach mehrstündiger Beratung fällt der Gerichtshof folgendes Urteil: 1. Heinde 6 Monate Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe; 2. Rieß und Garais je 300 M. Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis; 3. Richter 2 Monate Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe event. noch 200 Tage Gefängnis; 4. Haase 4 Monate Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, event. für je 15 M. 1 Tag Gefängnis mit der Maßgabe, daß die Gesamt-Eventualstrafe 1 Jahr nicht übersteigen darf; 5. Lehmann und R e h l i c h je 500 M. Geldstrafe event. je 50 Tage Gefängnis.

Bedeutende Schwierigkeiten verursachte die Klärung des Sachverhalts in einer Verhandlung, die gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Auf der Anklagebank befanden sich der Ingenieur Gustav Teudloff, die Krankenschwester Emma Verthj und deren Schwester, die Schneiderin Anna Verthj. Sie waren alle drei beschuldigt, den Versuch gemacht zu haben, eine Jungin zum Meineide zu verleiten; Teudloff sollte die beiden Mitangeklagten dazu angestiftet haben. Außerdem war er beschuldigt, ein Portemonnaie mit 50 M. Inhalt gestohlen zu haben. Teudloff, ein junger Mann von 28 Jahren, wußte sich vom Vorliegenden vorhalten lassen, daß er eine böse Vergangenheit hinter sich habe. Er hat das Gymnasium besucht und ist dann auf die technische Hochschule in Hannover gegangen. Er wurde aufgefordert, die Schule zu verlassen, weil er einen anstößigen Lebenswandel führte. Teudloff wurde als Supernumerar in Ubersfeld angestellt. Er machte von dort aus einen Abschieber nach Bremen, wo er als Reserve-Offizier auftrat und sich mit der Tochter eines Beamten verlobte. Gleichzeitig unterließ der Angeklagte ein Verhältnis mit der Schwester seiner Braut. Die Gesundheit beider Mädchen ist durch den Angeklagten zerrüttet worden. Als ihm der Woden in Bremen zu heiß wurde, begab er sich nach Dresden, wo er wieder Aufnahme in der technischen Hochschule fand. Auch hier ging der Angeklagte innerhalb kurzer Zeit zwei Verlobungen ein. Sein Verbleiben in Dresden währte nur kurze Zeit, er wurde relegiert, als die Bremer Vorkommnisse zur Kenntnis des Rectors gebracht wurden. Teudloff ging nach Berlin. Hier lag er ohne eine bestimmte Beschäftigung, und war lediglich auf die Unterstüßungen von seinem Vater angewiesen. Er mietete in der Holmannstr. 17 eine aus drei Räumen bestehende Wohnung und nahm dann die Angeklagte Emma Verthj, die er hier kennen gelernt hatte, zu sich. Im Juni vorigen Jahres passierte dem Angeklagten eine böse Geschichte. Er hatte in der Friedrichstraße ein Mädchen, Fräulein G., kennen gelernt, das er mit nach seiner Wohnung nahm. Am folgenden Morgen erschien Fräulein G. beim Angeklagten und sagte ihm auf den Kopf zu, daß er ihr Portemonnaie gestohlen haben müßte. Als der Angeklagte entrüstet bestritt, zeigte Fräulein G. ihm der Polizei an. Der Angeklagte will bei seiner ersten Vernehmung vom Polizeileutnant schlecht behandelt worden sein, worauf er Bekanntschaft nahm, ihn zum Zweikampf fordern zu lassen. Inzwischen nahm das Verfahren wegen Diebstahls seinen Fortgang. Der Angeklagte hatte der Emma Verthj und deren Schwester mitgeteilt, was man ihm vorwerfe. Er wie die beiden Mädchen sollen nun auf die Bestohlene eingewirkt haben. Sie solle bei der Polizei anzeigen, daß sie ihr Portemonnaie im Unterrock wiedergefunden habe und dies solle sie ebenfalls vor Gericht beschwören. Die G. ließ sich allerdings zur Erstattung der Anzeige herbei, vor Gericht gab sie aber der Wahrheit die Ehre und gestand, daß und in welcher Weise auf sie ein-

gewirkt worden sei. Teudloff wurde wegen Diebstahls und Heranziehung zum Zweikampf verurteilt und alle drei jetzigen Angeklagten wurden in Haft genommen. Inzwischen ist noch ein zweiter Diebstahl gegen Teudloff zur Anzeige gelangt, der ebenso lag wie der bereits abgeurteilte Fall. Im gestrigen Termin waren die beiden weiblichen Angeklagten geständig, auf Anstiftung Teudloffs auf die Jungin G. eingewirkt zu haben, während Teudloff alle ihm zur Last gelegten Straftaten in Abrede stellte.

Staatsanwalt Dr. Kay hielt es für zweifellos, daß Teudloff der Dieb sei und mithin eine Verleitung zum Meineide vorliege. Das ganze Vorleben des Teudloff stütze diese Behauptung durchaus, die Einwände gegen die Glaubwürdigkeit der G. seien hin-fällig. Teudloff sei der Typus eines Hochstaplers. Der Staats-anwalt beantragte gegen Emma und Anna Verthj je ein Jahr Zuchthaus, gegen Teudloff 3 Jahre Zuchthaus und Ehrverlust auf 6 Jahre.

Nach längeren Verteidigungsvreden der Rechtsanwältin Schwindt, Dr. Berthauer und Leonh. Friedmann erkannte der Gerichtshof gegen Teudloff auf 3 1/2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Die beiden Mädchen wurden freigesprochen.

Schwere Verfehlungen gegen eine schulpflose Frau hatte sich der Glasermeister Emil Lauser zu Schulden kommen lassen, welcher gestern dieserhalb vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stand. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Aus der Urteilsverbindung ging hervor, daß der Angeklagte sich unter dem Vorgeben, ein Mitglied des Waisenrats zu sein, bei der Witwe K. eingeführt. Er behauptete, Ermittlungen über ihre persönlichen Verhältnisse anstellen zu sollen, da eine Geldzuwendung für sie in Aussicht genommen sei. Die hocherfreute Frau empfing den Besucher natürlich freundlich. Bald wurde der letztere zudringlich und zwar in einer gegen die Sittlichkeit so grob verstoßenden Weise, daß die Frau sich des Angreifers kaum erwehren konnte. Da der Angeklagte bereits wegen einer ähnlichen Straftat eine Vorstrafe erlitten, so hielt der Gerichtshof es für ange-gezeigt, ihn diesmal mit einer Gefängnisstrafe von neun Mo-naten zu belegen.

Der Masloff-Prozess vor dem Reichsgericht. Das Reichs-gericht verhandelte gestern über die Revision in dem Königer-Weinbrotprozess Masloff und Genossen. Die Revision richtet sich gegen das Urteil des Königer-Schwurgerichts vom 10. November, durch welches der Gasarbeiter Masloff wegen Meineids zu einem Jahre Zuchthaus, dessen Schwiegermutter Frau Rosz zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt worden waren. Die von Masloff und der Staatsanwaltschaft eingelegten Revisionen sind mit Verlegung prozessualer Vorschriften beim Königer-Prozess begründet. Der Reichsanwalt beantragte Verwerfung beider Re-visionen.

Wie ein hiesiges Telegramm meldet, erkannte das Reichsgericht auf Verwerfung der Revisionen und Bestätigung des erst-richterlichen Urteils.

China.

Bozerjagden.

Feldmarschall Graf Waldersee meldet am 31. Januar aus Peking:

Eine Kolonne von 4 Compagnien und je 1 Zug Kavallerie, berittener Infanterie, Feld- und Gebirgs-Artillerie, unter General v. Krotha, ist heute von hier aufgebrochen, um die Gegend zwischen Sanktitan, Tschatan und den Ring-Gräbern bei Tschangning zu durchkreuzen.

Ferner wird aus Peking vom 31. Januar gemeldet: In einer heute früh stattgefundenen Zusammenkunft der Befehlshaber wurde beschlossen, nächste Woche eine gemeinsame Sitzung mit den chine-sischen Vertretern abzuhalten. Die Deutschen sandten eine Ex-pedition nach Wefen ab, die aus einer Batterie und einem In-fanterie-Regiment besteht. Vor drei Tagen sollen 70 Meilen westlich von hier viele eingeborene Christen ermordet worden sein, und man hält es daher für wahrscheinlich, daß die Expedition dort hin abgeht.

Bei der **Explosion in Chanhalwan** sind von Japanern 1 Hauptmann, 37 Mann getötet, 17 Mann schwer verwundet, von Engländern 1 Hauptmann, 1 Sergeant schwer verbrannt.

Feuer in Tientsin.

Der „Standard“ meldet aus Tientsin vom 31. Januar: Die Amtsgebäude der provisorischen Regierung in der Stadt Tientsin sind in verloffener Nacht gänzlich durch Feuer zerstört worden. Nichts ist gerettet worden. Das Feuer ist offenbar das Werk von Brandstiftern. In letzter Zeit wurden in Tientsin chinesische Plakate angeschlagen, in welchen über die von der provisorischen Regierung zur Deckung der laufenden Ausgaben erhobenen Steuern Klage geführt wurde.

Kanton, 1. Februar. Wegen des nächtlichen Ueberfalls auf dem Kanal zwischen Schmutz und Kunschud, wobei zwei deutsche Schutzmänner in einem Hansboot von Piraten verwundet und ein chinesisches Diener getötet wurden, ist auf Verheißung der deutschen Gesandtschaft in Peking von dem zuständigen chinesischen Gouverneur die Aufsendung einer größeren Truppenabteilung zur Ergreifung der Schuldigen angeordnet worden. Wegen ihrer Verhaftung sind bereits Anträge gestellt, vorbehaltlich der Entschädigungsaussprüche der verwundeten Schutzmänner.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Si-Hung-Tschang tot?

Frankfurt a. M., 1. Februar. (W. Z.) Die „Frankf. Jtg.“ meldet aus Tientsin: Nach einem Telegramm aus Peking ist Si-Hung-Tschang gestorben und der Gouverneur von Schantung, Juanshschi, soll an seiner Stelle die Friedensverhandlungen weiter-führen.

Strasbourg i. Elz, 1. Februar. (W. Z. S.) Die Sitzung des Landesauschusses des Elz-Lothringens ist heute durch den Staats-sekretär v. Puttkamer eröffnet worden. In seiner Rede führte der Staats-Sekretär aus, der Landesauschuss für 1901 wolle einen aus dem verfloffenen Rechnungsjahr herrührenden Ueberfluß auf, der für die gestrigerten Bedürfnisse auf dem Gebiet der Rechtspflege ver-wendet werden solle. Bezüglich der Regulierung des Oberheins werde demnächst eine Einigung zwischen den Uferstaaten Bayern, Baden und Elz-Lothringens erwartet.

Budapest, 1. Februar. (W. Z. S.) Abgeordnetenhaus. Unter Hinweis auf die gestrigen Vorfälle im österreichischen Abgeordneten-haus fragt Richter, welchen Standpunkt die Regierung einzunehmen gedenke, falls eine dauernde Arbeitsunfähigkeit des Reichsrats ein-trete. Ministerpräsident v. Szell erwidert, er wolle sich nicht auf Prophezeiungen einlassen; wie immer die Dinge sich auch ge-stalten mögen, so sehe er doch die Notwendigkeit dringender Verfügungen nicht ein. Der Ministerpräsident mißbilligt es schlie-lich, daß die Vorgänge im Reichsrat im ungarischen Abgeordneten-haus zur Sprache gebracht wurden.

Bortomouth, 1. Februar. (W. Z. S.) Kurz vor fünf Uhr kam die Transatlantische von der Insel Wight auf der Höhe von Gosport an, wo die „Alberta“ mit der Leiche der Königin Victoria an Bord heute Nacht verbleibt.

Kapstadt, 1. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Mehrere Voerrenkommandos vom Norden und Nordosten des Oranje-freistaats rücken nach dem Süden vor. Ein neuer Versuch der Boeren in die Kapkolonie einzudringen, wurde von den britischen Truppen vereitelt.

Das Voerrenkommando, welches ins Centrum der Kapkolonie eingedrungen ist, wurde von den britischen Truppen sehr bedrängt. Die Boeren liehen viele Pferde und Wagen im Stich und zogen sich in östlicher Richtung in zwei Abteilungen zurück.

Reichstag.

30. Sitzung vom Freitag, den 1. Februar 1901, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.

Beim Kopitel Reichs-Gesundheitsamt regt

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.)

erhöhte Beteiligung des Deutschen Reichs an der Malaria-Forschung an. In allen andern Ländern haben diese Forschungen großen Erfolg gehabt...

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich glaube, die Entwicklung wird dahin gehen, allmählich eine selbständige biologische Abteilung losgelöst vom Reichs-Gesundheitsamt einzurichten.

Abg. Antrich (Soz.):

Der § 14 des Reichs-Seuchengesetzes giebt der Polizeibehörde das Recht, bei Seuchengefahr die Kranken den Krankenhäusern zu überweisen. Daraus folgt für die Regierung die Verpflichtung, für eine genügende Anzahl von Krankenhäusern, für zweckmäßige Einrichtung derselben und für ein gut vorgebildetes Pflegepersonal Sorge zu tragen.

Dieses Pflegepersonal ist zum großen Teile ungenügend vorgebildet, es herrscht Mangel an Personal und die Bezahlung ist bei übermäßig langer Arbeitszeit eine miserable.

Das Pflegepersonal ist zum großen Teile ungenügend vorgebildet, es herrscht Mangel an Personal und die Bezahlung ist bei übermäßig langer Arbeitszeit eine miserable. Genauer über die Lage des Personals zu erfahren, ist sehr schwierig...

Es ist selbstverständlich, daß mit solchen Löhnen, die in gar keinem Verhältnis zur Arbeitszeit stehen, die Leute nicht auskommen können. In den Privatanstalten ist es nicht etwa besser...

möglich ist, daß ein Mensch 15-18 Stunden seinen Dienst ordnungsmäßig verrichtet. Die Wärter müßten lässig werden, müssen versuchen, die ärztlichen Anordnungen zu umgehen, und die Kranken leiden darunter.

Der Inhaber der Anstalt und ein medizinischer Sachverständiger sagten aus, der Wärter habe seinen Dienst vernachlässigt. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis.

Die Wärter erhalten neben dem Gehalt auch Verpflegung. Die Gesamtbezahlung aber ist so schlecht, daß ein erwachsener Mensch nicht damit auskommen kann.

Da sie mit dem Gelde nicht auskommen können, sieht die Ursache des Tringeldergebens in allen Krankenhäusern in Deutschland in üppiger Wäule. Das ist nicht nur schädigend für den Kranken, sondern auch demoralisierend für das Pflegepersonal.

Also wenn nicht von hier der Anstoß ausgeht, wenn nicht zunächst einmal der neue Reichs-Gesundheitsrat die Dinge klarstellt, sich vielleicht an den Reichskanzler wendet oder sich mit der Kommission für Arbeiterstatistik oder einer andern Kommission in Verbindung setzt...

Gef. Medizinalrat Professor Dr. Pfistor: Der Herr Abg. Antrich hat heute eine ähnliche Rede wie im Vorjahre gehalten. Ich habe diesmal den Auftrag erhalten ihn zu antworten.

Die Arbeitszeit der Wärterinnen dauert nach dem Bericht des Herrn Antrich von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, in diese Zeit fallen aber Ruhepausen von insgesamt drei bis vier Stunden. Das Trinkgelder-Wesen wird auch bei besserer Bezahlung der Angestellten niemals zu beseitigen sein.

Abg. Dr. Endemann (nail): beklagt sich über ungenügende Vorbildung der Veterinärärzte. Der Wunsch des Herrn Abg. Dr. Müller-Sagan auf Bildung einer selbständigen biologischen Abteilung ist durchaus berechtigt.

Abg. Dr. Sahn (l.): wünscht Erhöhung der für die biologische Abteilung vorgesehenen Summe, um das Studium der Protozoen zu fördern.

Abg. Dr. Zangerhaus (fr. Sp.) tritt lebhaft für die Feuerbestattung ein. Bisher haben nur kirchliche Gründe die Einführung dieser segensreichen Einrichtung in Preußen verhindert.

Abg. Singer (Soz.): Die Ausführungen des Redneren stachen sehr vorteilhaft von der Rede des Regierungsvertreeters ab. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

wurde, so war das allein schon von hohem Wert. Mit den Revisionen hat man es sonst nicht sehr eilig gehabt. Antid hat durchaus nicht die Ansicht vertreten, daß die Krankenhäuser von A bis Z schlecht seien. Er hat nur aus seiner persönlichen Erfahrung heraus geäußert, was selbst in einem verhältnismäßig am besten geleiteten Krankenhause vorkommen kann, und er hat daraus geschlossen: wie muß es da erst anderswo aussehen, wo der Wille und die Mittel fehlen, die Verlin besitzt. Jeder verläßt das Krankenhaus mit dem Gedanken, wie traurig es ist, daß für die Leute nicht besser geforgt werden kann. Und auch Antid erhob seine Vorwürfe nur, um Besserung herbeizuführen. Dafür müssen wir ihm, wie Langerhaus sagte, dankbar sein. Er hat sich ein wirkliches Verdienst erworben. Herr Langerhaus hat mich als Zeugen dafür angerufen, wie man in Berlin seit langen Jahren bemüht gewesen ist, die Verhältnisse der Krankenhäuser zu verbessern. In diesem Umfange kann ich einer solchen Behauptung aber nicht zustimmen. Die Gehälter sind allerdings etwas aufgehoben, aber das hat auch viele Mühe gekostet. Ich verkenne gar nicht, daß die finanziellen Gründe beim städtischen Krankenhauswesen eine Rolle spielen müssen. Aber es kann auf diesem Gebiete doch noch viel gebessert werden. Mit dem Einwand, die Kranken haben es in den Anstalten immer noch viel besser, als in ihrer eigenen Behausung, mag er auch oft berechtigt sein, entzieht man sich doch der Pflicht nicht, hier alles zu thun, was nur möglich ist. In einem Punkt gebe ich den Kollegen Endemann und Langerhaus recht: mit medizinischen Apparaten und Instrumenten sind die Krankenhäuser sehr splendid ausgestattet. Wenn man den großen Operationssaal der hiesigen Krankenhäuser besichtigt, kann man wirklich bald scherzhaft sagen: Hier muß es ja ein Vergnügen sein, operiert zu werden! (Gelächter.) Aber mit der Bezahlung der Wärter und der Verpflegung der Kranken liegen wir noch immer im Argen. Wenn der Geheimrat Bistor hier die Instruktionen über die Arbeitszeit verlesen hat, so mögen ja diese Vorschriften gegeben sein, sie werden aber nicht gehalten. Der Herr Geheimrat sucht mit den Schreibern. Aber darauf kommt es doch an, nicht auf schöngeliebene Instruktionen. Die Wärter sind überlastet, sie müssen besser verpflegt und bezahlt werden. Herr Kollege Endemann hat am Schluß seiner Rede eine Versicherung gethan, die ich auf meinen Freund Antid beziehe und die ihm sozusagen Verleumdung vorwarf, das ist nicht kollegialisch, schlägt auch jedem Gefühl von Recht ins Gesicht. Herr Endemann hat meinem Freund Antid damit schweres Unrecht gethan, nicht wegen der Form, auf die kommt es am wenigsten an, sondern weil sich mein Kollege Antid mit seinen Ausführungen ein wirkliches Verdienst erworben hat. (Sehr gut! lnt.)

Abg. Antid (Soc.):

Der Herr Regierungsvertreter hat Einzelheiten aus meiner vorherigen Rede als unwahr bezeichnen zu müssen geglaubt. Er hat meine Rede entweder nicht gelesen oder nicht verstanden. Ich muß alles aufrecht erhalten, was ich behauptet habe. Allerdings scheint sich die Untersuchung auf Dinge erstreckt zu haben, die ich gar nicht behauptet habe. Es ist mir z. B. gar nicht eingefallen, zu behaupten, daß auf 30 Kranke nur 1 Wärter komme. Ich habe nach dem Stenogramm meiner letzten Rede gesagt, auf 30 Kranke kommen 3 Wärter, nur in der Nacht ist für alle 30 Kranke nur 1 Wärter da. Ebenso unrichtig sind die Angaben des Regierungsvertreters über die Arbeitszeit. Während ich in Roabit gelegen habe, hatten die Wärter 17—18 Stunden Dienst. Der Herr Geheimrat sagte: in vielen Krankenhäusern sei das Trinkgeld verboten. Es ist aber auch nicht so schlimm, wenn ein Kranker einmal einem Wärter etwas freiwillig gibt. Darauf kommt es gar nicht an, sondern darauf, daß die Wärter mit ihrem Gehalt auskommen können und auf Trinkgelder nicht geradezu angewiesen sind. Der Herr Geheimrat sagte weiter, es seien nur gesunde Wärter angestellt. Woher weiß er das? Die Wärter werden gar nicht untersucht, sie lassen sich das auch nicht gefallen, niemand hat ein Recht, sie zu untersuchen. Daß aber, während ich in Roabit war, ein Wärter geschwächt war, das halte ich aufrecht. Böllig mißverständlich war auch eine Bemerkung des Herrn Regierungsvertreters über die Vade-Einrichtung. War er denn noch niemals in einer Vade-Anstalt? In jeder einigermaßen ordnungsmäßig geleiteten detoxizierenden Anstalt, wird die Wanne nach jedem neuen Bad gereinigt. Ich habe in meiner vorherigen Rede nur behauptet, daß es den Wärttern aus Mangel an Zeit nicht möglich ist, die Wanne zu den einzelnen Bädern zu reinigen. Der Herr Regierungsvertreter sagt, es seien schon anständige Summen ausgegeben worden. Es muß das ausgegeben werden, was nötig ist. Für China sind bis jetzt 158 Millionen ausgegeben worden, da war das Geld da. Für Krankenzwecke sind solche Summen aber niemals zu haben. Was nun die Höhe der Löhne anlangt, so habe ich sie mit großer Mühe und Voricht zu ermitteln gesucht. Die Erhebungen seitens der Regierung müssen eigentlich ange stellt worden sein. Ich will die Frage offen lassen, ob zu der Zeit der Revision in Roabit alle Wärter 27 M. bekommen haben. Während ich dort lag, gab es Wärter mit 22, 23 und 24 M. Lohn darunter. Auch an demselben Abend, an dem ich die Rede hier gehalten habe, ist nach Roabit gemeldet worden, es sei eine Revision bevor. Das weiß ich ganz positiv. Am 11. Juni hatte ich meine Rede gehalten, am 13. Juni erfolgte die Revision. Inzwischen hatte man Tag und Nacht gearbeitet und alles war in schönster Ordnung. Eine Dame, die den bürgerlichen Kreisen angehört und auf dem Gebiete privater Wohltätigkeit arbeitet, schrieb mir einige Zeit nach meiner Rede, daß sie leider alles, was über Arbeitszeit und Bezahlung der Wärter gesagt wurde, durch ihre eigenen Ermittlungen bestätigt gefunden habe. Schade, daß ich die Zeitschrift „Medizinische Reform“ hier nicht zur Hand habe. Dieses Blatt hat meine Rede im stenographischen Wortlaut abgedruckt und es mir als Verdienst anzurechnen, daß ich diese Fragen hier endlich einmal angefaßt habe. Bessern Sie also die Löhne der Wärter, verkürzen Sie ihre Arbeitszeit, sorgen Sie für gute Wärterwohnungen und bessere Kost. Sorgen Sie noch dafür, daß die Wärter gegen Unfälle versichert werden. Dazu ist das dringendste Geheiß. Zum Schluß noch eine Bemerkung persönlicher Natur. Herr Endemann hat seine Rede mit einem lateinischen Citat geschlossen. Wenn sich die darin enthaltene Beleidigung auf mich beziehen sollte, so finde ich keinen parlamentarisch zulässigen Ausdruck zur Entgegnung. Diese Bemerkung enthält einen so schweren Vorwurf, daß ich eine solche Handlung, wenn es parlamentarisch zulässig wäre, nur als ehrlos und gemein bezeichnen könnte. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten. Unruhe bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Südekum (Soc.):

Ich muß einen Fall hier zur Sprache bringen, der sich in Jena ereignet hat und der seiner Zeit große Erregung hervorgerufen hat. Nach dem „Archiv für klinische Medizin“ hat Professor Stinzling unter Assistenz des Dr. Struve einen Patienten, der an Diabetes litt, einer tagelangen Entziehungskur unterworfen. Dr. Struve ist dann in der Presse wegen der Behandlung des Kranken sehr heftig angegriffen; sein Vorgehen ist aber von Professor Stinzling verteidigt worden, freilich in einer Weise, die doch beweist, daß die Herren Krankenhaus-Ärzte zum Teil kein richtiges Gefühl dafür haben, wie sie mit den ihnen anvertrauten Kranken umzugehen haben. Der betreffende Kranke ist in ein Zimmer eingeschlossen und die Entziehungskur ist nicht etwa zu therapeutischen, sondern lediglich zu wissenschaftlichen Untersuchungs Zwecken mit ihm vorgenommen worden. Der Kranke ist allmählich von so kolossalem Durste gequält worden, daß er die eisernen Gitterstangen an dem Fenster herausgedrückt und zu entfliehen versucht hat. Er ist aber noch verhindert worden, bis zur nächstgelegenen Wasserleitung zu gelangen. Bis zu welchem Grade seine Verzweiflung infolge des fürchterlichen Durstes gestiegen war, geht daraus hervor, daß er

1400 Kubikcentimeter seines eignen Urins getrunken hat. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Von einem zweiten Patienten wird berichtet, daß bei ihm ebenfalls die Klausur angewendet sei, und daß, damit er nicht entfliehe, die Fenster durch dreifach verstärkte Eisengitter unzugänglich gemacht worden seien. Der Patient sei durch diesen Versuch besonders stark mitgenommen worden. Es heißt zwar, daß die Patienten ihre Einwilligung zu den Versuchen gegeben hätten, aber das hätten sie jedenfalls nicht gethan, wenn sie gewußt hätten, daß die Qualen so stark werden würden, und von einer freiwilligkeit kann auch kaum die Rede sein, wenn die Patienten hinter verschlossenen Thüren festgehalten werden. In der Verteidigung des Professors Stinzling heißt es, daß der Versuch bloß 2 bis 3 Stunden gedauert habe, in dem Bericht des Urchins ist aber von mehreren Tagen die Rede. Ich weiß ja, daß das Reichs-Gesundheitsamt nicht die Mittel hat, solche Fälle zu verhindern, man muß aber hier die Öffentlichkeit anrufen, um den Herren das Gewissen zu schärfen.

Ich muß noch auf etwas andres eingehen. Seit dem Jahre 1899 besteht bekanntlich eine Bundesratsverordnung, die Vorschriften für die Betriebe vorsieht, in welchen die Arbeiter den Gefahren der Milzkrankheit unterliegen, das heißt also für die Wästel- und Wästelmaschinenfabriken. Die in der Verordnung vorgesehene Desinfektionsmethode hat sich aber als nicht wirksam genau erwiesen. Freilich ist sie die für die Unternehmer bequemste. In vielen Städten befinden sich bessere ortspolizeiliche Vorschriften, die nun vielfach aufgehoben sind. Vor allem beklagen sich die Arbeiter darüber, daß das deutsche Material von dem Desinfektionszwang ausgenommen ist. Die Annahme, die wohl zu dieser Maßregel geführt hat, daß nämlich das Reichs-Seuchengesetz genügenden Schutz biete, trifft durchaus nicht zu. Weiter erscheint es auch als unangebracht, daß die kleinen Fabriken von dem Desinfektionszwang ausgenommen sind. Aber auch die bestehenden Vorschriften werden vielfach nicht einmal beachtet. Aus dem Bezirk Breslau, aus Mühlheim wird berichtet, daß die Vorschriften der Verordnung kaum durchgeführt werden. In einer Fabrik in Nürnberg fehlt jede Wasservorrichtung, obwohl die Arbeiter dort frickeln und Beiser genießen. In einer andren Fabrik waren seit Anfang vorigen Jahres bis zum April die Arbeitsanläge nicht gewaschen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Der Fabrikinspektor von Mittelfranken berichtet, daß der Fabrikant erlucht wurde, wöchentlich einmal eine Desinfektion der Arbeitsanläge vorzunehmen. — Im übrigen genügen, wie gesagt, auch die bestehenden Vorschriften nicht und es dürfte sich empfehlen, weitere Versuche zur Verbesserung der Desinfektionsart anzustellen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Der Reichs-Gesundheitsrat hat nicht soweit gehende Kompetenzen, um auf die Krankenhausverwaltungen in den Einzelstaaten einzuwirken. So weit es ihr möglich wird sich die Abteilung für Heilweien mit den von dem Herrn Abg. Antid angeführten Mängeln beschäftigen. — Ueber das biologische Institut wird in nächster Zeit eine ausführliche Denkschrift ausklingen.

Die Bundesrats-Verordnung gegen den Milzbrand ist auf Grund jahrelanger Versuche unter Hinzuziehung von Sachverständigen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgearbeitet. Man darf aber nicht soweit gehen, daß die Industrie selbst leidet und die Vorschriften unausführbar werden.

Sächsischer Geh. Legationsrat v. Paulsen:

Die Nachrichten, die über den Jenaer Fall durch die Presse gingen, haben auch mich seiner Zeit mit großer Enttäuschung erfüllt. Thatsächlich liegt aber der Fall ganz anders. Falls ich, daß die Behandlung zu therapeutischen Zwecken erfolgt ist. Sie hat lediglich feststellen sollen, ob Polidiphsie oder Polurie das Primäre der Diabetes war. — Das Zimmer ist zwar verschlossen gewesen, aber die Verzte haben sich ganz besonders um den Fall gekümmert, und den Patienten so oft wie möglich untersucht. Der Patient hat sich durchaus beruhigt. Er hat sich wieder die Kur bestraft, er ist nach der ersten Entziehungskur zu einer zweiten in die Klinik zurückgekehrt. Alles ist mit jenem vollen Einverständnis gechehen. Eine vollständige Heilung durch die Entziehungskur ist ebenfalls nicht eingetreten, weil der Mann an einer sehr schweren Form der Zuckerkrankheit litt. Die Untersuchung des Falls durch die Staatsbehörden hat ergeben, daß die Klinik in Jena und den behandelnden Arzt nicht der geringste Vorwurf trifft.

Geh. Ober-Medizinalrat Dr. Bistor:

Berichtigt, einer Anregung des Staatssekretärs folgend, einige Angaben seiner ersten Rede. Er habe das Trinkgeldverbot nicht verteidigen wollen. Es sei seine Pflicht gewesen, nach dem vorliegenden Material die Angaben in der vorjährigen Rede Antids richtig zu stellen. Herr Antid sei auf unzuverlässiges Material angewiesen gewesen.

Abg. Prinz Schönau-Carolath (wildlib.):

Der Fall in Jena hat überall, auch in Kreisen, die der Socialdemokratie sehr fern stehen, einen sehr peinlichen Eindruck gemacht. Das schlimmste an dem Fall ist, daß die Fenster verschlossen waren und die Wärter dem Kranken nicht geöffnet haben. Solche unentschuldbaren Sachen sollten nicht einschuldigt, sondern bestraft werden. Damit erweist man der Sache einen viel größeren Dienst! (Sehr richtig!)

Geh. Ober-Medizinalrat Dr. Bistor:

Der Patient hat sich dem Arzt gegenüber so ausgespielt, als könne er die Trinkwasser-Entziehung gut vertragen, während er sich hinterher um Wasser zu verschaffen gesucht hat.

Abg. Dr. Südekum (Soc.):

Es hat uns fern gelegen, ein Verbrechen des Herrn Struve oder der Klinikleitung konstatieren zu wollen. Diese glaube, daß Herr Struve das Beste für den Kranken gewollt hat, es handelt sich nur um übertriebenen Eifer, der dazu geführt hat, daß der Respekt vor der Persönlichkeit des Kranken hier ganz ausgelassen worden ist. Die Beweisführung des Herrn Legationsrats scheint mir auch durchaus nicht einwandfrei. Er sagte, es hätte sich nicht um einen medizinischen Versuch gehandelt. In dem klinischen Bericht ist aber direkt das Wort „Versuch“ im Sinne vom „medizinischen Experiment“ gebraucht. Aus der Diskussion ist ein Moment vollständig verschwunden, daß der Kranke 1400 Kubikcentimeter seines eignen Urins getrunken hat. Halten Sie das nicht für einen Akt der Verzweiflung? Es ist dies, wie schon der Abg. Prinz Schönau-Carolath sagte, ja nicht der einzige Fall. Ich erinnere nur an den Fall Reisser. Gerade wer das banauische Abipreden gegen die Medizin so verurteilt wie ich, der muß alles thun, um die Wiederholung solcher Vorfälle zu verhindern. Die Art, wie Herr Legationsrat Paulsen hier die Verteidigung geführt hat, scheint mir dafür am allerungeeignetsten zu sein. (Sehr richtig!) Ich bin auch überzeugt, daß hinter den Coullissen mit Herrn Professor Struve ganz anders gesprochen ist, als hier vom Regierungstisch.

Nur noch ein paar Worte an den Staatssekretär. Er sagte, die Vorschriften könnten nicht weiter gehen, als die Industrie sie vertragen könne, und die kleinen Fabriken könnten nicht dieselben Desinfektionsapparate aufstellen wie die großen. Das ist doch eine etwas eigenartige Aeußerung. Es handelt sich doch hier um Gesundheit und Leben von Arbeitern. Die Milzbrandsporen machen aber keinen Unterschied zwischen großen und kleinen Fabriken. Nach meiner Ansicht kommt es zunächst darauf an, daß die Arbeiter geschützt werden. Wie sich dann die Industrie technisch mit diesen Schutzvorrichtungen abfindet, das ist eine spätere Sorge. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Der § 130a der Gewerbe-Ordnung läßt nur solche Einschränkungen zu, die mit der Natur des Betriebs vereinbar sind. Der Herr Vorredner ist nun der Ansicht, daß der Schutz nicht ausreicht. Die Frage wird fortgesetzt im Reichsamt des Innern

geprüft. Wenn die jetzigen Vorschriften nicht ausreichen, dann bleibt nichts weiter übrig, als die Kleinbetriebe zu verbieten und eine Entschädigung an die Besitzer zu bezahlen. Die vortrefflich funktionierenden Desinfektionsapparate der großen Fabriken den Kleinbetrieben vorzuschreiben, heißt sie vernichten. Die Sachverständigen halten das Kochen für ausreichend; wenn trotzdem Krankheitsfälle vorgekommen sind, dann liegt der Grund vermutlich darin, daß die Vorschriften nicht befolgt werden. Die Durchführung der Vorschriften zu überwachen ist Sache der Lokalbehörden.

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Endemann (natl.): Es ist mir nicht eingefallen, jenes Citat auf den Abg. Antid zu münzen. Das wird das Stenogramm ergeben. Ich bedauere aber, daß die bedingte Beleidigung, die mir Herr Antid in den Worten „ehrlos und gemein“ ins Gesicht geschleudert hat, vom Präsidium ohne Remedur geblieben ist. Derartige Beleidigungen von seiner Seite sind mir übrigens lustig.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Patentamt“ bittet Abg. Dr. Paasche (natl.) raschere Vermehrung der Beamten im Interesse der Industrie.

Abg. Müller-Reinigen (fr. Sp.) bemängelt, daß die Ausführungsbestimmungen zum Patentanwalts-Gesetz im Gegensatz zu der Absicht des Hauses nur einen Patentanwalt der Prüfungskommission angehören lassen.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Das Patentanwalts-Gesetz ist dazu bestimmt, aus diesem Stande Personen auszuschließen, die eine bedenkliche Wirksamkeit für die Erfinder ausgeübt haben. Daß in der Uebergangszeit da manche Klagen kommen würde, war zu erwarten. Der Bundesrat war durchaus befugt, nur einen Patentanwalt in die Prüfungskommission, die aus drei Mitgliedern besteht, neben zwei Mitgliedern des Patentamts zu berufen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Das Kapitel „Reichs-Versicherungsamt“ wird auf Antrag des Abg. Spahn (C.) an die Budgetkommission verwiesen, da verschiedene Redner an den Staatssekretär Anfragen zu stellen haben, die besser in der Kommission erledigt werden.

Hierauf wird der Rest des Etats debattelos genehmigt.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Reichs-Justiz-Etat.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Johannisthal. Der hiesige Wahlverein hält am Sonnabend den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Mertins eine Versammlung ab. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Stenz über die Disziplin. Die Mitglieder werden gebeten, in dieser Versammlung mit den Urnabstimmungen abzurechnen.

Zehlendorf. Die Gewerkschaften werden auf die Versammlung am Sonntag, den 3. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, bei Gelsenbrandt hingewiesen. In derselben soll gegen die Streikklausel protestiert werden. Die Gemeindevorsteher sind eingeladen.

Schmargendorf. Am Dienstag hält der Socialdemokratische Wahlverein seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig, daß die Mitglieder zahlreich erscheinen.

Waidmannslust. Sonntag bei A. Ruhn Generalversammlung des Wahlvereins. Bericht des Vorstands und Vortrag des Genossen R. Kiesel über Edwin Marxhams' Gedicht „Der Mann mit der Gade“.

Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. In der gestrigen Sitzung wurde die Beratung des Etats für das Jahr 1901 fortgesetzt. Der Etat für die städtischen Gymnasien, Realschulen und Oberrealschulen schließt in Einnahme mit 1 420 000 M. und die Ausgabe mit 3 223 751 M. ab. Die Ausgaben sind bedeutend höher als im Vorjahre, der Zuschlag ist auf 1 808 790 M. gestiegen. Bei der Aufstellung des Etats für die Jrenen- und Jdistenanstalt in Dalldorf ist man von der Annahme ausgegangen, daß die Anstalt täglich mit 1250 Kranken belegt wird und 1150 Kranke in Privatanstalten und ebensoviel in Familienpflege untergebracht werden. Die Einnahme wurde auf 99 563 M. und die Ausgabe auf 1 026 465 M. festgesetzt. Die Mehrausgabe beträgt 1 630 705 M. und ist ebenfalls höher als im vorigen Etat bemessen. Der Einzel-Etat für die Anstalt für Epileptische in Wühlgarten ist bei einer durchschnittlichen Krankenzahl von 1050 täglich auf 121 874 M. in Einnahme und auf 807 435 M. in Ausgabe festgesetzt, so daß ein Zuschlag von nicht weniger als 685 611 M. erforderlich wird. Der Aufstellung des Etats für die Jrenenanstalt Herzberge ist eine durchschnittliche tägliche Belegung von 1120 Kranken, die tägliche Verpflegung von 410 Kranken in Privatanstalten und von 150 Kranken in Familien zu Grunde gelegt. Bei einer Einnahme von 105 839 M. und einer Ausgabe von 1 251 148 M. ist ein Zuschlag von 1 085 309 M. erforderlich, so daß auch hier eine größere Summe als im vorigen Jahre erforderlich wird.

Der Oberinspektor Pieper vom städtischen Arbeitshaus in Hummelburg ist zum Oberinspektor des Friedrich-Wilhelm-Hospitals in der Fiedelsstraße (Eichenhaus) befördert worden.

Lokales.

Die Elektrische.

Zur Prüfung, wie der Unfallgefahr im elektrischen Straßenbahnbetriebe zu begegnen ist, sind zwischen dem Dezerenten der Aufsichtsbehörde, dem Vertreter der Straßenbahn-Gesellschaft unter Teilnahme der Minister v. Tzielen und v. Rheinbaben Verhandlungen gepflogen, die nach dem Bericht der „Reichshauptstadt. Korr.“ folgendes Resultat zeigten:

Was die Herabminderung der Gefahren im Straßenbahnverkehr betrifft, so ist beschlossen worden, einige der Rangvorrichtungen nach Angabe der Aufsichtsbehörde zunächst in kleinerem und alsbald in größerem Umfange an den Wagen anzubringen und damit Versuche anzustellen; diese Arbeiten sind bereits in Angriff genommen worden. Ferner soll die Straßenbahn-Gesellschaft Vorschläge machen, in welcher Weise sie die Zwischenräume zwischen Motor- und Anhängerwagen mit wirksamen Schutzvorrichtungen zu versehen gedenkt, um zu verhüten, daß ein am hinteren Trittbrett des ersten Wagens zu Fall gekommener Fahrgast unter die Räder des zweiten gerate. Des weiteren soll an die Straßenbahn-Gesellschaft die Forderung gerichtet werden, die Fahrgeschwindigkeit allgemein etwas zu vermindern, besonders an solchen Stellen, wo wegen lebhafteren Wagenverkehrs größere Vorsicht geboten erscheint. Diese Vorchrift wird sich auch auf die in der Peripherie der Stadt belegenen Wagnkörper der Straßenbahn erstrecken, wobei natürlich die Beschaffenheit der örtlichen Verhältnisse für die Einzelanordnungen der Verkehrs-polizei maßgebend sein werden. Da eine Garantie für die Herabminderung der Unfallziffer auch in der guten Ausbildung des Fahrpersonals zu suchen ist, so wurde die Gesellschaft — unter gleichzeitiger Anerkennung ihrer jetzigen auf Heranbildung gekauften Personals abzielenden Vorkehrungen — ermahnt, auch fernerhin diesem Punkt ihr Augenmerk zuzuwenden. Der Protest der Straßenbahn-Gesellschaft gegen die Verlesung des Polizei-Präsidiums, wonach jeder Motorwagen mit einer Bundesvorrichtung auszurüsten ist, wurde von Minister zurückgewiesen. Die Beschaffenheit und Wirksamkeit der Wagenbremsen endlich soll künftig fortlaufenden, genauen Revisionen seitens der Organe der Aufsichtsbehörde unterzogen werden.

Die Reformen sind sehr nötig, und selbst wenn die Straßenbahn-Gesellschaft wirklich ernstlich gezwungen werden sollte, diese Änderungen einzuführen, was bisher immer mit schonungsvoller

Rücknahme von der Aufsichtsbehörde unterlassen ist, dann genügen diese Ansprüche nicht, wenn wir den lebhaften Straßenverkehr der Stadt Berlin berücksichtigen. Vor allem vermischen wir eine strikte Festlegung der Arbeitszeit für das Personal. Mit einem übermäßigen und abgepassten Personal kann kein sicherer Betrieb aufrechterhalten werden. Die erste Bedingung einer wirklichen Reform ist die Beseitigung dieses Uebelstands. Die Arbeitszeit der Wagenführer wird trotz der Kritik in der Presse wiederholt in ganz übermäßiger Weise ausgedehnt und man stellt Ansprüche an das Personal, die weit über die Leistungsfähigkeit hinausgehen. Allerdings unter dem Regiment des Herrn v. Thielen weiß sich die Straßenbahn-Gesellschaft vor solchen Vorkäufen bewahrt, denn sie könnte sicher auf solche Anforderungen entgegen, daß es in der Verwaltung des Herrn v. Thielen nicht besser aussieht.

Wir vermischen ferner Vorzüge für die Beseitigung einer Gefahr, die gewiß schon jedem aufmerksamen Beobachter vorgeschwebt hat. Die Wagenführer der elektrischen Bahn haben beim letzten Streik das sehr berechtigte Verlangen gestellt, an den Kreuzungspunkten Signallampare aufzustellen. Sowie es erinnerlich, ist den Streikenden auch eine Erfüllung ihres Wunsches zugesagt, aber in der bekannten Manier der Straßenbahn-Gesellschaft ist die Sache nach dem Streik sofort in Vergessenheit gekommen. Wenn wir heute den sich fortgesetzt steigenden Verkehr an solchen Kreuzungspunkten betrachten — an einigen Straßenkreuzungen ist auch die Aussicht für den Wagenführer eine sehr beschränkte —, dann wird man zur Aufrechterhaltung eines gesicherten Verkehrs diese Einrichtung für ein unabwiesbares Erfordernis halten. In Städten, wo der Verkehr lange nicht den Umfang annimmt, wie hier, haben wir solche Signaleinrichtungen bemerkt. Hier fehlen sie selbst an den gefährlichsten Punkten. Es ist nur zu befürchten, daß hier nicht eher der leistungsfähigen Betriebsführung der Straßenbahn-Gesellschaft Einhalt geschieht, bis ein großes Unglück es gebieterisch fordert.

Die Bremsvorrichtungen sollen geprüft werden, dabei wäre ein recht energisches Vorgehen empfehlenswert. Schon vor längerer Zeit ist der Gesellschaft aufgegeben, ihre Betriebswerkstätten im Zustande zu halten. Das dem Verlangen nachgekommen wäre, haben wir bisher nicht gehört, die Wagenführer klagen weiter über die „Mordwagen“, die im Betrieb bleiben.

Mit welcher Fürsorge die Gesellschaft der Unfallverhütung sich widmet, kennzeichnet wohl nur Wenige ihre Begehrung, Hebevorrichtungen bei den Wagen mitzuführen. Mag der Verunglückte warten, bis die Feuerwehr herbeigekommen ist, um ihn mit zermalmten Knochen unter dem Wagen der „Elettsiden“ hervorzuholen. Zu einer wirklichen Reform im Betriebe der Straßenbahn-Gesellschaft kann das Publikum kein Vertrauen haben, nur in einem ist die Verwaltung musterhaft nämlich in ihrer rücksichtslosen Geldverdienstucht. Die Aktionäre können für das verfloffene Geschäftsjahr 11 Proz. Dividende in Empfang nehmen, 1/2 Proz. mehr als im Vorjahre, und das genügt, um das Verhalten einer Verwaltung vom Standpunkt der kapitalistischen Profitwirtschaft glänzend zu rechtfertigen. Das erklärt aber auch zugleich ihre Rücksichtslosigkeit und ihre Scheu vor allen Reformen, die erhöhte Ausgaben beanspruchen und im Interesse des Publikums und der Angestellten erhoben werden.

Ein Kämpfer für Freiheit erhebt der Mitwelt in der „Märkischen Volkszeitung“, die in hellem Jorn darüber, daß in der Sozialdemokratie wieder einmal der Zwang proklamiert wird, von dieser sonst nie bemerktens Gefährdung hingerissen wird und uns also den Text liest:

Freiheit, unbeschränkte Freiheit nach jeder Richtung, auf allen Gebieten, und für alle Klassen fordert unangefochten die Sozialdemokratie — und nun fordert der Sozialdemokrat Singer in einer Versammlung des eben hier togenden Städtetags die Zwangsbildungsschule für der Schule bereits entwachsene junge Leute und äußerte seine Freude darüber, daß diese Forderung, auch von anderer, der Sozialdemokratie sonst nicht nahestehender Seite, unterstützt werde. Wir wundern uns über diese „Freiheit“-Forderung des Herrn Singer nicht im geringsten, weil wir nie daran gezweifelt haben, daß im sozialdemokratischen Zukunftsstaate die Freiheit des Zuchthauses herrschen würde, ein so unerträglicher Zwang, wie ihn heute kein andres Staatswesen kennt, und wie ihn auch kein Volk ertragen würde. Es ist aber gut, daß die Sozialdemokratie selbst hin und wieder eine Befähigung für diese Wahrheit liebt.

Danach dürfte dürfte das werke Centrumorgan überhaupt den Schulzwang ablehnen, wie es in einer etwas gemilderten Form die obersteinsten Agrarier dieser Partei schon gefordert haben. Lesen und ein wenig Schreiben, dazu eine gehörige Portion Bibelverse genügt zur Ausbeutung der Landarbeiter. Das sind die besten Arbeiter, wie seiner Zeit eine Centrumgröße aus Schlesien mit innerer Befähigung erklärte.

Für die Freiheit dankten wir, es könnte aber sein, daß das edle Organ für Volksverdummung bei einigen unverständigen Schulbuben Anklang finden würde; auf der Seite der Beweisführung steht die Schwärmererei für diese sonderbare Freiheit.

Im 5. Berliner Wahlkreis rufen uns Parteigenossen, wie das „Berliner Tageblatt“ in Erfahrung gebracht hat, eifrig für eine eventuelle Reichstagswahl. Man redet darauf, daß Stadt-Schulinspektor Dr. Juid, der jetzige Vertreter dieses Kreises im Reichstag, zum zweiten Stadtschulrat gewählt werde und dann sein Mandat niederlegen müsse.

Diese Vermutungen sind unsres Wissens von den Parteifreunden noch gar nicht angestellt, wenn es aber zu einer Wahl kommt, dann bedarf es für die Partei keiner großen Vorbereitungen, unsre Partei ist immer gerüstet. Vielleicht hat das „Berl. Tagebl.“ aber die Freundschaft, und auseinander zu setzen, warum Herr Dr. Juid nach der etwa erfolgenden Ernennung zum Stadtschulrat sein Reichstagsmandat niederlegen muß. Unres Erachtens liegt der Fall doch einigermaßen zweifelhaft.

Der diesjährige Sommer-Fahrplan der Stadt- und Ringbahn wird nach den bisher vorliegenden Bestimmungen durchgreifende Änderungen gegen das Vorjahr erfahren und ganz besonders wird der Ringverkehr, dessen Frequenz stetig wächst, wesentliche Erleichterungen erhalten. Wie der Rordring wird auch der Südring für die Hauptzeiten 10-Minutenverkehr erhalten und die Zahl der direkten Ringzüge wesentlich vermehrt werden. Für diese sogenannten Nordringzüge dürfte ein Tages-Fahrplan festgelegt werden, weil vornehmlich auf dem Bahnhof-Friedrich-Stralau-Mummelburg auch der Bahnhof B (für den Ringverkehr) in Betrieb genommen werden dürfte. Für die Stadtbahn wird, abgesehen von einigen unwesentlichen Änderungen, wieder der vorjährige Sommer-Fahrplan Kraft erlangen. Die Züge verkehren dort in der Zeit von 4 bis 6 Uhr morgens in Abständen von 7/8 bis 10, in der Zeit von 8 bis 8 1/2 Uhr in Abständen von 3 bis 5, dann bis 11 1/2 Uhr mittags in Abständen von 5 bis 10 und von da ab bis 9 Uhr abends in solchen von 3 bis 10 Minuten. Von dieser Zeit bis zum Schluß des Verkehrs folgen die Trains im Durchschnitt in 10 Minuten-Abständen. Für den Vorort-Verkehr sind die Fahrzeiten noch nicht endgültig festgelegt. Eine wesentliche Verbesserung werden die Verbindungen nach Gröndorf, Friedrichsdorf, Erzer, Johannisthal und Spandau erfahren. Auf der Wannesebahn wird dem Vernehmen nach eine Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit eintreten.

Infolge des fortschreitenden Baus der Untergrundbahn ist jetzt die eisenbahnschleife Straße östlich vom Potsdamer Hauptbahnhof durch einen Vanzum von der Königsgrabenstraße vollständig abgeperrt worden, so daß der gesamte Verkehr zum bzw. vom Bahnhofe nur noch durch die Köpenickerstraße stattfindet.

Von der Parteideputation. Die Verlesung des kleinen Liegarens mit elektrischem Licht ist von der Parteideputation beschlossen worden; der städtische Elektrotechniker Dr. Kallmann soll einen Vorschlag über die Kosten machen. — Wegen einer unterlassenen Unregelmäßigkeit in der Ausbreitung soll die Verpachtung der Freizeitanstalt in der Reptovier-Park noch einmal angegriffen werden. — Ein Geluch um Vermietung städtischen Terrains am alten Cierhaus wurde von der Deputation abgelehnt.

Fünfzehn Taschendiebe wurden in der letzten Zeit von der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht. Die meisten von ihnen sind alte Kunden, hinter deren Rücken sich die Gefängnisse noch nicht lange geschlossen hatten. Aufgegriffen wurden sie in Theatern, in Singpielhallen und im Gedränge, namentlich an Schaufenstern der Leipzigerstraße. In allen Fällen wurden die Langfinger auf frischer That ertappt.

Der Doppelmord eines Liebespaars, das sich am letzten Sonntag gemeinsam an der Leffingbrücke in das Wasser stürzte, dürfte seine Klärung gefunden haben. Es handelt sich um zwei von den Rinderschützen kaum entwachsene junge Leute. In dem Konfektionsgeschäft am Spittelmarkt, wo Bruno Jädel seine Lehrzeit beendigte und jetzt im Alter von 18 Jahren als Verkäufer verblieben war, waltete auch die um ein Jahr jüngere Verkäuferin Alice Weikner aus der Alten Jakobstraße ihres Amtes. Zwischen beiden hatte sich in aller Stille ein Liebesverhältnis entsponnen, das am Ende voriger Woche offenbar geworden war. Da nun einerseits die Angehörigen wegen der großen Jugend der Beteiligten mit der Liebelci nicht einverstanden waren, andererseits aber auch das Paar seine Entlassung aus dem Geschäft befüchtete, so kam es auf den keineswegs notwendigen Ausweg, gemeinsam sterben zu müssen. Seit dem letzten Sonntagabend waren beide verschwunden. Bruno Jädel hat später seinen Bruder in Rixdorf, bei dem er wohnte, brieflich benachrichtigt, daß er nicht zu ihm zurückkehren werde und gleichzeitig um Verzeihung gebeten, daß er dem Bruder durch seinen Schritt Schmerz bereite.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes steht die 21 Jahre alte Arbeiterin Urwine W. aus der Zuckersorte, wo sie bei den Eltern wohnte. Sie hat ihr Kind, das am Halse Strangulationszeichen aufweist, anscheinend erwürgt und wurde mit ihm zusammen zunächst von der Polizei nach einem Krankenhause gebracht.

Aus Not in den Tod gegangen sind mehrere Personen. Der Bildhauer Gustav Hesse, der bisher in der Nähe des Ostbahnhofes Wohnung gehabt haben soll, war durch Arbeitslosigkeit so weit zurückgekommen, daß er am Leben verzweifelte. Er suchte am Mittwoch eine Gastwirtschaft in der Breslawerstraße auf und wurde am nächsten Morgen von dem Dienstmädchen in seinem Zimmer erhängt aufgefunden. — Gleichfalls ohne Beschäftigung war seit längerer Zeit der 47jährige Maler Wilhelm Schulz, der am Engel-Ufer 4a eine Schlafstelle inne hatte. Er wußte schließlich nicht mehr aus noch ein, griff zum Strick und erhängte sich an einem entlegenen Ort, wo ihn seine Witin schließlich am Donnerstagabend aufand. Ein Arzt konnte nicht mehr helfen. — In gleicher Weise hat sich in einer Laube zwischen der Proslauer- und Samariterstraße der Gastwirt Hermann Wellin aus dem Weidenweg 88 das Leben genommen.

Seine Klärung gefunden hat ein „Mordversuch“, von welchem der Polizeibericht vor etwa zehn Tagen meldete. Damals wurde ein Mann am Garten-Ufer, in der Spree treibend, entdeckt, welcher noch lebend aus dem Wasser gezogen wurde und angab, daß er von zwei unbekannt Personen, die ihm auch seine Uhr geraubt hätten, in die Fluten gestoßen worden sei. Der angeblich Ueberfallene war der Stationsassistent Schmidt, der auf der Güterabfertigungsstelle der Centralmarkthalle angestellt war. Am vorigen Sonntag wurde Sch. in seinem Dienstraum, in dem er sich erhängt hatte, tot aufgefunden. Die festgestellten Ermittlungen jetzt mit Sicherheit ergeben haben, bestätigt sich der von dem Verstorbenen seiner Zeit geschilderte Ueberfall nicht. Der Eisenbahnbeamte hatte vielmehr zweifellos damals einen Selbstmordversuch unternommen, da die Polizei feststellt, daß er sich an jenem Abend in bestiger Gemütsbewegung befunden hat. Der Selbstmord dürfte zweifellos in einem Anfall von Tiefstimm verübt worden sein.

Opfer des Sunden-Krauchs sind die Mühlenbesitzer Hartwig Heymannschen Eheleute aus Spiegelberg bei Reustadt a. D. geworden, die sich, wie wir gestern meldeten, in einem hiesigen Hotel vergifteten. Heymann hatte bei der Deutschen Grundschulbank eine Hypothek aufgenommen und dafür Obligationen der Bank erhalten, die er nicht zum Verkauf bringen konnte, indem sie ihm „geperrt“ waren. Andererseits hatte er der Grundschulbank für die Litres-Accipie gegeben, die die Bank im Umlauf gesetzt hat. Die finanziellen Schwierigkeiten, die Herrn Heymann hieraus erwachsen, haben ihn und seine Gattin in den Tod getrieben.

Durch die Explosion eines Destillierapparats ist er verletzt worden am Freitagabend um 8 Uhr der Weinhandler Schubert und sein Gehilfe in der Wallnerhoferstr. 24. Die Genannten waren mit der Destillation von Liqueur beschäftigt, als plötzlich der Apparat explodierte. Beide Männer erlitten schwere Verletzungen durch Glasplitter usw. am Kopf und an den Händen. Ein Arzt nahm sich der Verletzten an. Die demochrichtige Feuerwehr konnte sofort wieder abrücken, da inzwischen die Gefahr schon beseitigt war. Die Ursache der Explosion, die natürlich große Aufregung hervorgerufen hat, wird auf Unachtsamkeit in der Bedienung des Apparats zurückgeführt.

Einen Thaterschicksal-Verlauf eröffnet am Montag, den 4. Februar, in seinem Geschäftsbau in Leipzigerstr. 132/35 die Firma W. & H. Die Verkauf der Billets befindet sich im ersten Stock neben der Kunstausstellung und ist während des ganzen Tags geöffnet. Es werden für alle angelegentlichen Vorstellungen Billets zu denselben Preisen wie an den Theatern vertrieben. Durch diese Einrichtung wird für das Berliner Publikum wie für die Fremden ein Bedürfnis beseitigt, welches in anderen Großstädten, wie Paris, London, New York schon längst zu ähnlichen Einrichtungen geführt hat. An einer für den Verkehr besonders günstig gelegenen Stelle befindet sich jeder, der ein Theater besuchen will, Kaufmann über die in den Theatern noch freien Plätze und gleichzeitig die Billets, ohne sich von einem Theater nach dem anderen begeben und an der Kasse warten zu müssen.

Reptow-Sternwarte. Ueber: „Die bevorstehende Erbnähe vom Mars“ spricht Direktor Ardenholz am Sonntagabend um 8 Uhr auf der Reptow-Sternwarte, um 7 Uhr über: „Der Orionnebel und die Hinterschnecke“. Beide Objekte werden in dieser und der nächsten Woche jeden Abend mit dem Reflektor beobachtet. Bis den Mars werden besondere Karten ausgegeben und gegen Einsendung von 1 M. dem Bureau der Reptow-Sternwarte versandt.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung genehmigte in ihrer letzten Sitzung die Einrichtung von drei neuen Lehrstellen an der Realschule. Debatillos erfolgte dann die Erledigung einer Vorlage, durch die die Gehälter der Vorkurslehrer an der höheren Lehranstalt geregelt werden. Die Erhöhung der Rechnungen für das Jahr 1899 hat der Rechnungsausschuss vorgenommen. Die Versammlung entlastete die Rechnungslager.

Die Feststellung der „Besoldungsordnung für die städtischen Beamten und sonstigen Bediensteten“, die am 4. Januar mit Rücksicht auf den Etat verlegt worden ist, führte zu lebhaften Debatten. Die Magistratsvorlage bezweckte nicht nur, die Besoldungsverhältnisse besser zu regeln, sondern auch die Bezüge der Beamten und Bediensteten aufzubessern. Der mit der Vorberetung betraute, erweiterte Wahlausschuss hatte dem Vorschläge des Magistrats zugestimmt, daß diese von den Beamten schon längst erstrebte und ihnen schon lange versprochene Gehaltsaufbesserung besonders in der Form eines pensionsfähigen sogenannten Wohnungsgeldzuschusses erfolgen solle. Auch hatte der Ausschuss einige Änderungen zu Gunsten der Beamten vorgenommen. Die Stadtverordneten der 1. und 2. Abteilung haben nun die Vertagungsfrist dazu benutzt, um in gemeinsamen Sitzungen außerhalb des Hauses eine neue Vorlage zu machen. Diese präsentierten sie am Donnerstag der sozialistischen Minorität und dem Magistrat. Sie lehnten zunächst den Wohnungsgeldzuschuss gänzlich ab, weil ihnen angeblich die Form nicht gefiel. Während ihre Vorschläge jedoch bei den besser bezahlten oberen Stellen einigermaßen einen Ausgleich schufen, kamen die geringer besoldeten Angestellten bedeutend schlechter weg. Gerade bei ihnen lebte die Mehrheit den Vorschlag der Sozialdemokraten ab, die bisher als Wohnungsgeld bezogenen Beträge von 200 Mark beziehungsweise 300 Mark den Gehaltsätzen durchweg anzuschlagen. Wach (Soc.) und Conrad (Soc.) protestierten

dagegen, daß man am unrechten Orte spare, und traten dafür ein, daß das Gehalt nach den weitergehenden Kommissionsbeschlüssen erhöht werde. Auch Bürgermeister Voigt legte eine Lanze für die Unterbeamten ein. Sie würden am meisten von der Steigerung der Mieten und der Lebensmittelsteuer betroffen. Herr Voigt wie auch Conrad (Soc.) rügten, daß bei der Mehrheit befindliche Vorkurslehrer nach der Konferenz der Mehrheit nicht erst deren „neue Vorlage“ der Kommission unterbreitet habe. — Zu später Stunde kam die Besoldungsordnung zu Stande. Die große „unparteiische Fraktion“ hatte auf Zureden des Bürgermeisters sich nur zu kleinen Änderungen „ihrer“ Vorlage herbeigelassen. — Die Unterbeamten werden diese Stadtväter nun wohl besonders in ihr Herz schließen.

Aus Rixdorf. Mit dem Vermögen seiner Frau durchgebracht ist der Rentier Friedrich Lange aus der Bergstr. 62/3. Der jetzt 51 Jahre alte Durchgänger kam im vorigen Jahr aus Amerika, wo er 33 Jahre gelebt hatte, lernte in Rixdorf die Hausbesitzerwitwe Franke kennen und heiratete dieselbe Ende November. Während Lange selbst mittellos war, besaß seine Frau ein beträchtliches Vermögen, welches bei der Dresdener Bank in Berlin deponiert war. Lange kaufte nun einen eisernen Geldschrank und redete so lange auf seine Frau ein, bis diese das Depot von der Bank abholte und in den eisernen Geldschrank, von dem sie allein die Schlüssel hatte, aufbewahrte. Vor einigen Tagen beschwand Lange spurlos und eine Revision des Geldschrankes ergab, daß derselbe leer war. Mittels eines Reservereschlüssels hatte Lange denselben total geplündert und war mit seiner Beute — 25 000 M. in Wechselpapieren, 73 500 M. in Hypothekenscheinen und 750 M. bar — auf und davon gegangen. Frau L., die damit den größten Teil ihres Vermögens einbüßt, glaubt, daß ihr Mann sich wieder auf dem Wege nach Amerika befindet.

Aus Eifer sucht sich selbst wegen Einbruchdiebstahls zur Anzeige gebracht hat der Badergeselle Bernhard Heller. Vor einigen Wochen hatte H. mit einem erst kürzlich aus dem Zuchthause entlassenen Freund, einem Arbeiter Karl Schulze, in der Wismanstr. 6 in Rixdorf einen Einbruch verübt, auch in Berlin einige gemeinschaftliche Diebstähle angeführt. Schulze ging nun bei Heller ein und aus und soll dabei mit der Ehefrau des letzteren ein Liebesverhältnis angeknüpft haben. Als H. dahinterkam, ließ er in seiner Wut zur Polizei und zeigte sich und seinen Freund an. Die angestellten Ermittlungen ergaben die Richtigkeit der Beschuldigung, worauf beide Verbrecher dingfest gemacht wurden.

Neu-Weißensee. Der beantragten Auflösung des Rughavener Klages an die Kirchengemeinde zum Bau einer Kirche hat die Gemeindevertretung nicht zugestimmt, da für Neu-Weißensee die Erlangung der Stadtrechte nur eine Frage allerzuletztster Zeit sei und die Stadt sodann eine eigne Kirchengemeinde bilden werde. Im Prinzip war jedoch die Mehrheit der Vertretung mit der Auflösung einverstanden. — Mit der Entgegennahme der Auflösung des zum Bau des neuen Amtsgerichtsgebäudes von der Gemeinde angekauften Terrains wurde der Vorsteher beauftragt; die für die 2 1/2 Morgen notwendige Summe von 15 000 M. soll aus den vorhandenen Reserven der Schulhaus-Anleihe entnommen werden. — Um die zahlreichen Prozesse, die aus der Anwendung des Statuts über Erhebung einer Hundesteuer entstehen, in Zukunft zu vermeiden, wurde folgendes beschlossen: Ueber die Steuerfreiheit von Bach- oder Pflanzhunden hat der Gemeindevorsteher zu entscheiden. Beschwerden gegen diesen Entschluß hat die Gemeindevertretung zu erledigen. — Eine eingehende Debatte entstand über das anzustellende Regulativ für die Wasserversorgung der Gemeinde. Von einem Besitzer größerer Grundstücke war die Wiedereinführung der in Wegfall gekommenen Miete für Wassermesser beantragt worden, weil dadurch angeblich nur die kleineren Hausbesitzer Vorteil hätten. Darob gerieten die Herren Hausbesitzer einander beifig in die Haare. Offenbar waren die Herren der Meinung, daß die Gemeinde nicht wisse, wohin mit den bis jetzt aus der Wasserabgabe erzielten Ueberschüssen. Dieselben betragen 1895/96 16 700 M., in den folgenden Jahren der Reihe nach: 27 000, 34 000, 40 000, 48 200 M. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß man darauf bedacht sein müsse, einen Reservecfonds für etwa notwendig werdende Feuerwerbungen von Meißland zc. anzulegen. — Von allgemeinerem Interesse ist ferner ein Beschluß der Vertretung, einem Rechtsanwalt Vollmacht zu geben, gegen vier Arbeitgeber wegen Steuerarrekte zu klagen, da diese trotz des an sie ergangenen Zahlungsbefehls an vier Arbeiter, welche mit den Steuern im Rückstand waren, den Lohn voll ausgezahlt hatten. Die Gemeinde will hier nun ein Exempel statuieren und die Arbeitgeber für die entgangenen Steuern haftbar machen.

Johannisthal. Zum offenen Bruch zwischen der Mehrheit der Gemeindevertretung und dem Gemeindevorsteher kam es in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung. Dem bürgerlichen Vertreter Rehe in und unrem Vertreter Mann, welche bisher nur geringe Unterstützung in ihrem Kampfe gegen die Geschäftsführung des Gemeindevorstehers erhalten hatten, wurde die Genehmigung, daß sich die Mehrheit der Vertretung offen gegen den Vorsteher erklärte. Veranlassung hierzu gab die Amtsniederlegung dreier Mitglieder der Schul-Kommission, der Herren Frommelt, Kuhl und Schmidt. Die Vertretung indes entband sie nicht von ihrem Amt; sie erklärten aber das Amt nicht weiter versehen zu wollen und es auf einen Entschluß der vorgehenden Behörde ankommen zu lassen. Der Umstimmung in der Vertretung des Herrn Schmidt, welcher so plötzlich und mit aller Entschiedenheit eine bessere Handhabung der Geschäfte verlangte, veranlaßten den Vertreter Mann zu der Bemerkung, daß Herr Schmidt wohl die Zeit für gekommen halte, um seine Person als die geeignetste zum Nachfolger unsres jetzigen Gemeindevorstehers erweisen zu lassen. Herr Schmidt verneinte dies zwar, doch dürfte vielleicht die nächste Zeit leben, wer recht hat.

Die nachmalige Aufstellung des Etats für 1901 ermöglichte es, daß der bisherige Steuerzuschlag von 150 Proz. auch dies Jahr erhoben wird, so daß die von dem Gemeindevorsteher vorgeschlagene Erhöhung auf 100 Proz. nicht eintritt.

Der Gesamtetat beläuft sich nach dem Vorschlag in Einnahme und Ausgabe auf 40 061,80 M. Die Gewerbesteuer soll auch in diesem Jahr wieder in Höhe von 100 Proz. erhoben werden, ebenso bleibt die Grundsteuer mit 28 Proz. vom Tausend bestehen.

Die Barbierherren von Lichtenberg haben in einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung beschlossen, einen Preisausschlag einzutreten zu lassen.

Schöneberg. Man schreibt uns: Die Wohnungsnot, welche, wie fast in allen Vororten Berlins, auch in unsrer Stadt eine nicht wegzuleugnende traurige Thatsache ist, giebt nunmehr wenigstens dem einen Teil der Kommunalverwaltung Veranlassung, wenn auch in der bescheidensten Weise, eine Änderung zu versuchen. Der Magistrat hat nämlich den Stadtverordneten eine Vorlage zugehen lassen, in welcher der Umbau einer der vorhandenen Holzerabaraßen zu Wohnzwecken verlangt wird. Diese Vorlage und die Begründung derselben ist insofern bedeutsam, als sie das Gegenteil von dem beweist, was der Stadtverordneten-Vorsteher G. Müller im Stadtparlament und in Versammlungen behauptet. In Schöneberg gebe es keine Wohnungsnot! Der Magistrat sagt: Der bereits seit längerer Zeit herrschende Mangel an kleinen Wohnungen hat zur Folge gehabt, daß seit dem 1. Oktober v. J. 13 Familien obdachlos geworden sind und von uns anderweit untergebracht werden mußten. Die hierzu vorhandenen Räume im K r u n e n h a u s e und in der Baradei waren jedoch nicht ausreichend. Mit Rücksicht auf den noch immer bestehenden Mangel an kleinen Wohnungen ist mit Sicherheit zu erwarten, daß in nächster Zeit zum 1. April, wiederum in mehrere Familien obdachlos werden. Zur Unterbringung solcher Personen sind wir gesetzlich verpflichtet. Die diesen Zweck dienenden Räume sind völlig befreit, so daß es nicht möglich ist, Wohnungslosen Unterkunft zu gewähren. Das Auskunftsmitglied, das zahlungsunfähig gewordenen Leuten den Wirt für die Miete zu garantieren, hat mit wenigen Ausnahmen versagt, weil die Hauswirte bei dem Wohnungsmangel leicht zahlungsfähige Mieter finden und an

Versammlungen.

Ueber die Handelsverträge und die Interessen der Arbeiter sprach Genosse Wollenbuehr am Mittwoch in einer öffentlichen Versammlung des zweiten Wahlkreises...

Der Verein aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Krawattenbranche hielt am 28. Januar in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstr. 35, seine Generalversammlung ab.

905,40 M., somit einen Ueberschuß von 468,50 M. Die Jahres-Einnahme und -Ausgabe ergab eine Mehreinnahme von 1886,69 M.

Der Fachverein der Holz- und Bretterträger und Brettschneider hielt am 27. Januar eine außerordentliche Generalversammlung im königstädtischen Kasino, Holzmarktstr. 72, ab.

Der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen hielt am Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Raabe, Kolbergerstr. 23, seine Generalversammlung ab.

Stralau-Ammelsburg. Die Generalversammlung des social demokratischen Vereins tagte am 27. Januar bei Schumann.

495,31 M., bleibt ein Bestand von 400,24 M. Die Mitgliederzahl beträgt 437. Nach dem Bericht des Bibliothekars sind 26 Bücher gelesen worden; immerhin ein Fortschritt gegen das vorige Quartal.

Herr Wilhelm Börner ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen: Im „Vorwärts“ vom 18. Januar wird in dem Bericht über die Versammlung der „Berliner Gewerkschaftskommission“...

Ich bin der Meinung, daß die Gewerkschaftskommission in solchen Fällen keine Gelder zu bewilligen hat.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 3. Februar, vorm 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindefeile, Kleine Frankfurterstr. 8: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. Um 10 1/2 Uhr vorm. ebenfalls: Vortrag des Herrn Wilhelm Böllcher: „Die Forderungen des Gemüths“.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Sonnabend, den 2. Februar. Cyperhaus. Lojengrün. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielsaal. Maria Stuart. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen. Deutsches. Michael Kramer. Anfang 7 1/2 Uhr. Lessing. Johannisseuer. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Meister Desje. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Liebesprobe. Anfang 7 1/2 Uhr. Weissen. Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Weisha. Anfang 7 1/2 Uhr. Receptionsbühne. Buntes Theater: Ueberdrett. Anf. 7 1/2 Uhr. Schiller. Der Herr Senator. Anfang 8 Uhr. Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damenschneider. Anfang 7 1/2 Uhr. Carl Weisk. Zwei Weissen. Anfang 8 Uhr. Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Tausend und eine Nacht. Belle Alliance. Der Weisste. Anfang 8 Uhr. Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Der Löwe Erwachen. Anfang 8 Uhr. Valoth. Spezialitäten-Vorstellung. Bummelstübe. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung. Die 12 unverbrennb. Fakire. Anfang nachmittags 3 Uhr. Urania. Taubenstr. 48/49. (Zum Receptionsabend) Anfang 8 Uhr: „Auf den Hagen des Ozeans“. Nachm. 4 Uhr (zu ermäßigten Preisen): „Mittelmeerfahrten“. Jubiläumsfeier 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: „Eismeerfahrt“.

Schiller-Theater (Wollner-Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: Der Herr Senator. Auffspiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan und Gustav Knebelburg. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Glück im Winkel. Sonntagabend 8 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt. Montagabend 8 Uhr: Der Herr Senator. Carl Weiss-Theater Gr. Frankfurterstr. 132. Nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Kleine Preise, zum letztenmal. Tausend und eine Nacht. Abends 8 Uhr: Zwei Weissen. Sonntag: Lumpacivagabundus. In Vorbereitung: Eine leichte Person. Central-Theater. Zum 560. Male: Mit vollständig neuer Ausstattung an Kostümen und Dekorationen: Die Geisha. Operette in 3 Akten von E. Jones. Wisoja: Mia Werber. Morgen nachm. 3 Uhr zu halb. Preisen: Die Schöne von New York. Abends 7 1/2 Uhr: Die Geisha. Montag und folgende Tage: Die Geisha. Passage-Panopticum und Theater. Die 12 unverbrennb. Fakire. Neu! General Boum, der kleine Mann der Welt. Eintritt eintrittl. Theater 50 Pf. Palast-Theater. früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Durchweg neues Programm. Preise 8 1/2 Uhr: Bummelstübe. Bohe u. Weisung in 3 Akten von Willden. Rohmann, Tralermir, Dir. Winkler. 12 neue Attraktions-Nummern. Anfang: Nachm. 7 1/2, Sonnt. 7 Uhr. Entree 50 Pf. Sonnabend, den 16. Februar: Grosser Masken-Ball. Extra-Vorstellung. Große Gratis-Vorstellung. Wechsel der Vorh. haben Frei-Tanz. Anfang 7 1/2 Uhr. Tanz 10 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

URANIA * * * Taubenstr. 48/49. Im Theater Sonnabendabend 8 Uhr: Auf den Hagen des Ozeans. Im Hörsaal: Dr. Donath: Chemische Wirkungen des elektrischen Stroms. Nachm. 4 Uhr zu ermäss. Preisen: Mittelmeerfahrten. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr. Passage-Theater Unter den Linden 22. D-Vorstellung * * * Anfang: Sonntags 12 Uhr. Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr. Die vier Schwestern in ihrer Neuheit in „Ringelreier Uebertanz“. 17 erstklassige 17 Spezialitäten 17 Rosendinstag. Eine Feldwebeltragödie. Schwank in 1 Akt von Otto Nebisch Weichleben. CASTANS PANOPTICUM Friedrichstr. 165. Neue aktuelle Serie lebender Photographien. Die sensationellen Gruppen der alten Germanen. Der schlesische Zecher und der Teufel. Die Bernauer Bierprobe. — Der Rothenburger Meistertrunk. Im Restaurant: Konzert einer russ. Damenkapelle. W. Neacks Theater. Brunnenstraße 16. Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung. Sonntag: Wogen des Lebens.

Apollo-Theater. Neues Programm: Toscana & The Nighthons Emmy Krücher Miss Barma & The Astor-Belmon Valentine Petit Les minstrels parisiens Der Kosmogroph: Neus Serie. Um 8 1/2 Uhr mit vollständ. neuer Ausstattung 20 Mädchen und kein Mann. Burleske Operette von F. v. Sappé. Sonnabend nachmittags 4 Uhr. Sonntagnachmittags 3 1/2 Uhr: Gr. Zauber-Vorstellung von Ben-All-Bey (halbe Preise). Reichshallen Stettiner Sänger. Erste zum Schluss: Eine Soiree bei Lehmanns. Sonntag: Cavalleria schufficiana. Saussoeui Donnerstag, Sonntag und Montag: Hoffmanns Nordd. Sänger. Nach jeder Soiree: Tanzkränzchen. Lustige Tagabonden. Deutsche Konzerthallen Spandauer Brücke. Täglich 4 ausländische 4 Kapellen 4 Gr. Theater-Vorstellung.

Metropol-Theater. Heute, Sonnabend, den 2. Februar 1901: Dritter grosser Metropol-Theater-Ball. 1000 Mark in bar als Schönheitspreis. werden für die schönste eleganteste Toilette verabfolgt. Herrenkarten im Vorverkauf 7 Mark, an der Abendkasse 10 Mark. Damenkarten im Vorverkauf 5 Mark, an der Abendkasse 7 Mark. Logenbillets sind an der Kasse zu haben. Anfang 11 Uhr. Cirkus Schumann. Heute, Sonnabend, 2. Februar, abends 7 1/2 Uhr: XIX. Grands Soirés High-Life. Gala-Programm. XV. grosses Internat. Rennen. 5. Konturenfahren des Weisheitsfahrers der Welt. Sieger des großen Preises von Deutschland, aus Paris. — Heute: Revanche-Rennen Jacquelin gegen Mündner. Das Revanche-Rennen findet deshalb statt, da Jacquelin am ersten Tage die Bahn nicht kannte und eine Differenz in den heftigen Ueberhebungen der Räder war. Ferner hatten: 1. Peter (Berlin) gegen Krause (Berlin), Hoffnungskrennen. 2. Socouillon (Paris) gegen Keller (Wien). 3. With Arud (Hannover) gegen Kobl (München). Dr. W. Schumanns neueste Originalrequisiten und die neu engagierten Spezialitäten. Zum Schluss: China. Sonntag 2 Berh. Nachm. 1 Kind frei. Cirkus Busch. Sonnabend, den 2. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Prunk- u. Parade-Abend. Zum 66. Male: Die eiserne Maske. Original-Pantomime des Cirkus Busch. — Besonders hervorzuheben: Der prunkhafte Einzug König Ludwig XIV. in Strassburg. Außerdem: Aufstellen der berühmten Krader-Truppe Ahmed-Abraham. Zum erstenmal: 24 Hengste u. 2 Elefanten zusammen bereitet von Dir. Busch. Sprechliche Programm-Nummern. Sonntag, 3. Februar, nachmittags 4 Uhr: Berliner Landpartien, wozu jeder Erwachsene auf allen Sitzplätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: Die eiserne Maske. Metropol-Theater. Belegstr. 55/57. Heute, Sonnabend, 2. Februar: Dritter Metropol-Theater-Ball (siehe das große Inserat). Morgen, Sonntag, 3. Februar: Das neue Februar-Spezialitäten-Programm. Eine tolle Nacht. Montag, den 4. Februar: 1. Gajspiel Mad. Yvette Guilbert. Cirkus Renz-Konzert-Tunnel. Karlsruh. Montag 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hätt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

WARENHAUS A. WERTHEIM MONTAG DEN 4. FEBRUAR 1901 eröffnen wir einen THEATER-BILLET-VERKAUF im I. Stock unseres Warenhauses Leipziger Strasse 132/135. Vorverkauf für alle angekündigten Vorstellungen. Die Preise der Billets sind die gleichen wie an den Theaterkassen.

